Montag, den 19. Juli 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 165

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Das Ergebnis der Volkszählung 1925

62,3 Millionen Einwohner. — Verlangsamung des Verstädtlichungsprozesses.

Bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 sind im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) insgesamt 63 580 Gemeinden mit 62 348 782 Einwohnern ermittelt worden. Von der Gesamtzahl der Gemeinden entfallen auf die Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern allein 60 132 oder rund 95 Prozent, von der Gesamtzahl der Einwohner dagegen nur rund ein Drittel oder 22,2 Millionen. Die übrigen zwei Drittel der Bevölkerung des Deutschen Reiches wohnen in den 3448 Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern (sogenannte städtische Bevölkerung).

Im Verstädtlichungsprozeß der Bevölkerung zeigen sich heute bemerkenswerte Wandlungen. Die Ergebnisse der Volkszählung 1925 lassen klar erkennen, daß das Wachstum der Städte, insbesondere der Großstädte, eine Verlangsamung erfahren hat.

Verdiente Abfuhr für einen frechen Großagrarier.

Der bekannte reaktionäre Vorsitzende der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, Freiherr von Lüninck, hatte kürzlich die Stirn, an den preußischen Ministerpräsidenten Braun, ein Schreiben zu richten, in dem ausgeführt wurde, daß „die rheinische Landwirtschaft seit fast zwei Monaten vergeblich sich bemüht hat, seitens der preußischen Staatsregierung irgend welche Erklärung oder Begründung für das Vorgehen der Staatsregierung und der preußischen Polizeiverwaltung gegen den Unterzeichneten und gegen die rheinische Landwirtschaftskammer zu erhalten“. Da auch sonst, wie es in dem Brief weiter hieß, bei der preußischen Staatsregierung „vielfach die genügende Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der rheinischen Landwirtschaft in wirtschaftspolitischer Hinsicht vermißt“ worden sei, wurde Ministerpräsident Braun eingeladen, an einer Versammlung der sämtlichen Kreisvorstände der landwirtschaftlichen Organisationen oder an einer Sitzung des Vorstandes der Landwirtschaftskammer der Rheinprovinz teilzunehmen, um bei dieser Gelegenheit „ausschließlich die Stellung der preußischen Staatsregierung zur rheinischen Landwirtschaft in persönlicher und sachlicher Hinsicht zu besprechen“.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Staatssekretär des preußischen Staatsministeriums Dr. Weismann, des Schreiben des Freiherrn von Lüninck mit folgendem Brief beantwortet:

„Auf das gefällige Schreiben vom 10. dieses Monats — A. 2148 — teile ich Ihnen ergebenst mit, daß Herr Ministerpräsident, wie er dies unlängst im Preußischen Landtag ganz allgemein für landwirtschaftliche Tagungen erklärt hat, sehr gern bereit ist, mit Vertretern der rheinischen Landwirtschaft in mündlicher Verhandlung sachlich die Lage und Wünsche der Landwirtschaft zu erörtern. Durch eine derartige Aussprache würden die rheinischen Landwirte auch die Ueberzeugung gewinnen können mit welcher Anteilnahme und Hilfsbereitschaft der Herr Ministerpräsident gerade der rheinischen Landwirtschaft, die infolge der Besatzungsverhältnisse schwer zu leiden gehabt hat und noch leidet, gegenüber steht. **Angesichts der unsachlichen, jedes Gefühl für die Erhaltung der Staatsautorität außer acht lassenden Angriffe jedoch, die Sie, Herr Vorsitzender, vor kurzem gegen die Staatsregierung gerichtet haben, würde eine solche Aussprache zu gegebener Zeit nur dann stattfinden können, wenn sie nicht auf Ihre Einladung und unter Ihrem Vorsitz erfolgte.**

Im übrigen muß der Herr Ministerpräsident es selbstverständlich ablehnen, mit Ihnen in eine Erörterung über die polizeilichen Haussuchungen einzutreten, zumal diese Dinge mit der Lage der Landwirtschaft nichts zu tun haben.“

Der Brief des Staatssekretärs Weismann ist die einzig mögliche Antwort auf die Unverfrorenheit des Herrn von Lüninck, der ähnlich wie mancher seiner östlicher Kollegen die Landwirtschaftskammer mit einem rechtsradikalen Parteibüro verwechselt.

Swinemünde—Danzig—Königsberg.

Anläßlich der Eröffnung des Seedienstes nach Ostpreußen und Danzig durch die Fahrt des vom Norddeutschen Lloyd betriebenen Motorschnellschiffes „Hansestadt Danzig“, welches unter lebhafter Beteiligung der Swinemünder Bevölkerung Swinemünde gestern verließ, empfing das Schiff auf See ein Glückwunschtelegramm des Reichsverkehrsministers, in dem es heißt, die neu eröffnete Seeverbindung Ostpreußens und Danzigs mit dem Reich durch das Motorschiff „Hansestadt Danzig“ sei ein Wahrzeichen des tatkräftigen Willens des deutschen Volkes, Ostpreußen und Danzig den freien Weg zum Reiche zu schaffen und dauernd zu erhalten.

Als das Schiff Danzig passierte, ergriff der Senatspräsident Sahm das Wort zu einer Rede. Ihm antwortete Ministerialdirektor Dr. Gleichmann. In Pillau, von einer großen Menschenmenge begrüßt, lief das Motorschiff „Hansestadt Danzig“ gestern um 1 Uhr ein. Mit zahlreichen Vertretern der Behörden Königsbergs hatte sich Vizepräsident Herbst eingefunden, der in seiner Begrüßungsansprache vor allem den Wunsch ausdrückte, daß das Schiff als zuverlässiger Mittler zwischen der deutschen Insel Ostpreußen und dem Reich wirken und daß es helfen möge, das unsichtbare, aber unzerreißbare Band, das Ostpreußen „up ewig ungedeelt“ mit dem übrigen Deutschland verbindet, zu festigen.

Generalkonsul Schneiderhans Wiener Ernennung vollzogen.

WTB. meldet aus Wien: Der Bundesminister für Unterricht, Dr. Rintelen, hat heute den Generalkonsul Schneiderhan zum Generaldirektor der Bundestheater ernannt.

Die Regierung Briand-Caillaux gestürzt!

Die französischen Republikaner lehnen ein Ermächtigungsgesetz ab. Herriot als neuer Regierungschef: mit oder ohne Poincaré?

Die französische Kammer hat am Sonnabend mitten in der nervösen Debatte um die rasch einander ablösenden erfolglosen Projekte bürgerlicher Finanzpolitik zur Franc-Stabilisierung die Kraft zu einer demokratischen Tat gefunden

Nach dem Scheitern einer Reihe bürgerlicher Kabinette am Valutaproblem hatte der neue Finanzminister Caillaux — einst der Mann der äußersten bürgerlichen Linken, dann in seiner letzten Finanzministerzeit wegen reaktionärer Steuervorschläge gestürzt, jetzt von der verzweifelnden bürgerlichen Mitte als letzter Retter vor den radikalen Lösungsvorschlägen der Sozialisten wiedergeholt — ein weitgehendstes Ermächtigungsgesetz verlangt. Die Kammer sollte danach auf noch erheblichere Rechte verzichten, als es 1923 bei dem Ermächtigungsgesetz für die Markstabilisierung der deutsche Reichstag tat. Caillaux wollte sich zum Diktator auf einige Zeit ernennen lassen, der ohne das Parlament Steuern und Zölle neuregeln dürfte. Der Ministerpräsident Briand, der in der letzten Regierungskrise einen anderen repräsentablen Finanzminister unter den verzweifelnden bürgerlichen Politikern nicht gefunden hatte, unterstützte seine Forderungen. Während der Faschismus in Italien mit seinen Diktaturmethoden die Währung gleichfalls immer weiter verfallen läßt, während die Diktatoren in Spanien, Portugal, Griechenland aus der Unruhe immer neuer Putsche und Verschwörungen nicht mehr herauskommen, schien ein so altes demokratisches Land wie Frankreich doch auch mit seinem Parlamentarismus nicht mehr die dringendsten Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Tatsächlich lag aber so nur der äußere Anschein. Die parlamentarische Maschine brauchte hier ebenso wenig zu versagen wie anderswo, wenn nur die zwischen Inflationsschreck und Angst vor sozialistischen Maßnahmen hin- und hergeworfenen Parlamentarier der bürgerlichen Mitte den Mut zu einer grundsätzlichen finanzpolitischen Entscheidung gefunden hätten. Caillaux rechnete damit, daß diese bürgerlichen Mittelparteien in Frankreich wie überall einer solchen Entscheidung gerne ausweichen würden und er wollte ihnen das ermöglichen, indem er — sich selbst alle Entscheidungen übertragen ließ. Die Sozialisten unter Führung Léon Blums leiteten die Opposition dagegen ein, indem sie die bürgerlichen Demokraten eindringlich an ihre Verantwortung erinnerten. Die äußerste Rechte hatte gleichfalls Bedenken, da Caillaux immerhin nach seiner pazifistisch-demokratischen Vergangenheit nicht ihr Mann war. Aber die Entscheidung lag bei der Mitte, die in Frankreich durch die großen Gruppen der bürgerlichen Radikalen und eine weitgehende Zersplitterung der übrigen Gruppen noch stärker ist als in den kapitalistisch weiter entwickelten Ländern England, Deutschland usw.

Daß nicht nur die soziale Schichtung, sondern auch der lebendige Geist einer großen Tradition, wenigstens in Verfassungsfragen, diese bürgerlichen Demokraten Frankreichs lebendig erhält, das zeigte der Beschluß der Kammer über die von Caillaux erhobenen Diktaturforderungen. So gern diese Mittelparteiler die eigene Entscheidung in der Finanzfrage loswürden — einem Diktator, selbst aus ihren eigenen Reihen — haben sie sie doch nicht übertragen. Unter Führung des Kammerpräsidenten Herriot hat die Kammer das Ermächtigungsgesetz abgelehnt und ein Bekenntnis zum demokratischen Parlamentarismus der Republik abgelegt. Das Kabinett Briand-Caillaux ist damit gestürzt. Im eleganten Pariser Westen hat es eine kleine Kundgebung gegen Herriot gegeben, aber die französischen Bauern, Arbeiter und Mittelständler sind das Gespenst einer egoistischen Diktatur mit unbekanntem sachlichen Programm los. Es lebt doch noch etwas vom stolzen Geist der großen bürgerlichen Revolution auch in den nichtproletarischen Klassen dieses Landes.

Die Tatsache, daß die Mehrheit gegen Caillaux sowohl bei den Sozialisten wie bei der äußersten Rechten Unterstützung fand, macht nun freilich die sachliche Entscheidung der ungelösten Probleme für die Mitte wieder schwer. Herriot verhandelt als alter Mittelparteiler, nachdem er sich Sonnabend seinen Beifall in der Verfassungsfrage auf der Linken holte, heute über die Besetzung des Finanzministeriums zunächst mit dem rechtsstehenden, wenn auch nicht antirepublikanischen Poincaré. Ob er eine Einigung mit ihm sachlich auf längere Zeit zustande bringen kann, mag zweifelhaft sein. Die Verantwortung für die sachliche Entscheidung über weitere Inflation oder Stabilisierung und über die Verteilung der Lasten einer solchen Maßnahme, lehnen die französischen bürgerlichen Demokraten aber jedenfalls nicht nach berühmten anderen Mustern ab. Vielleicht ist das nur ein formaler Vorzug, aber in einem Lande mit so ungefestigten politischen Formen wie dem unseren, sollte man solche Vorzüge nicht ganz unterschätzen und vielleicht auch etwas daraus lernen.

—m.

Die dramatische Kammersitzung.

Paris, 17. Juli. (Drahtbericht.) Kurz vor der entscheidenden Kammersitzung erschien der Kammerpräsident Herriot, nicht im Zeichen seiner Würde im Frack, sondern im blauen Straßenanzug. Das Gerücht lief um: Herriot wird eingreifen. Die Sitzung wurde vor überfülltem Hause eröffnet. Den Vorsitz führte der Vizepräsident Léon Bouyssou. Der Berichterstatter der Kammerkommission Chavedelaine verlas den Bericht der Finanzkommission und teilte die Aenderungen mit, welche die Kommission an dem Gesetzentwurf Caillaux vorgenommen hat. Herriot, welcher auf einer der Bänke zwischen seinen Parteigenossen sitzt, bittet ums Wort, um eine Vorfrage zu stellen. Herriot betonte, daß er nicht als Parteichef, sondern als Präsident der Kammer spreche, deren Arbeiten er geleitet habe, über deren heiligste Rechte er zu wachen habe. Er **könne nicht weiter Kammerpräsident sein, wenn die Rechte des Hauses verkleinert würden.** Seine Beredsamkeit richtete sich hauptsächlich an Briand persönlich, den er beschwor, von dem Verlangen nach den Ermächtigungen abzusehen, die selbst während des Krieges sich nicht als nötig erwiesen hätten. „Meine Herren von der Regierung, arbeiten Sie mit dem Parlament zusammen, aber unterdrücken Sie es nicht!“

Herriot hatte den Moment und den Punkt für sein Eingreifen nicht schlecht gewählt. Briand erkannte dies und erhob sich schnell. Er schilderte die Tragödie der Stunde, die darin liege, daß die Kammer zwischen zwei Vertrauensvoten eingeklemmt sei, nämlich das Vertrauensvotum für den Kammerpräsidenten und dem für den Ministerpräsidenten. Als Republikaner könne man nicht anders fühlen als der ehrenvolle Kammerpräsident, aber als Chef der Regierung dürfe er nicht dulden, daß die Schwerfälligkeit des parlamentarischen Mechanismus das Land gefährde. Das Land erwarte von der Kammer eine Geste der Entsagung, eine Bemerkung, die einem großen Teile des Hauses durchaus nicht einleuchten wollte. Briand zeigte dann mit dem Finger auf Herriot und sagte: Sie werden mein Nachfolger sein, wenn Sie mich heute stürzen, und dann werden Sie selbst vor der Kammer, die Sie heute so glühend verteidigen, in dieselbe tragische Situation geraten, in der wir uns heute befinden.

Nach einer kurzen Pause wurde die Sitzung wieder aufgenommen, und der Sprecher des Nationalen Blocks, Marin, leitete ebenfalls einen heftigen Angriff gegen den Gesetzesvorschlag Caillaux' ein.

Der Anspruch der Regierung auf Ermächtigungen sei verfassungswidrig, nur das Parlament habe das Recht, Steuern und Strafen zu verhängen und auswärtige Anleihen aufzunehmen. Der Caillauxsche Text sei voll von Hinterhalten, ja der Finanzminister könne sogar, ohne die Kammer zu fragen, das Gold der Bank von Frankreich heranziehen. Seit zehn Jahren, rief der Redner aus, sündigen die Regierungen, indem sie sich zu wenig auf die Parlamente stützen! Immer gibt es vollendete Tatsachen, wie beispielsweise Locarno eine war. Briand widerspricht hier lebhaft. Marin fährt in seinen Angriffen fort und meint, nur eine nationale Einigung könne Frankreich retten.

Die beiden nächsten Redner, ein Kommunist und der sozialistische Abgeordnete Renaudel sprechen sich ebenfalls gegen die Vollmachten aus.

Nach Renaudel besteigt der Finanzminister die Rednertribüne, um seine Politik der auswärtigen Kredite zu verteidigen. Die Kammer müsse zwischen seiner Politik und dem sozialistischen Programm wählen oder sie müsse sich für die Heranziehung des Goldes der Bank von Frankreich zur Stabilisierung der Währung aussprechen. Einen anderen Weg gäbe es nicht.

Die Regierung beantragt daraufhin Schluß der allgemeinen Aussprache und den Uebergang zur Debatte über die einzelnen Artikel ihres Entwurfs. Der Ministerpräsident stellt zu diesem Antrag die Vertrauensfrage.

Ministerpräsident Briand hat sich nach Schluß der Kammersitzung mit seinen Kollegen ins Elysee begeben, um dem Präsi-

denten der Republik die Demission des Kabinetts zu überbringen. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen und die Minister gebeten, die Geschäfte vorläufig weiter zu führen.

Die Kammer hat dann mit 288 gegen 243 Stimmen abgelehnt, in die Einzelberatung des Ermächtigungsgesetzes einzutreten.

Herriots Versuch einer rein bürgerlichen Kabinettsbildung.

Paris, 19. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Herriot hat den Auftrag angenommen. Als er das Elysée betrat, wurde er von einer Menschenmenge mit Pfeifen und dem Rufe „Nieder mit Herriot!" empfangen. Diese Kundgebung ist bezeichnend für die Stimmung des bürgerlichen französischen Publikums, das an dem Zwischenfall in der Kammer eine Verschärfung der Frankenkrise befürchtet. Herriot hat bereits die Verhandlungen über die Kabinettskrise aufgenommen und ist ziemlich optimistisch. Er hat sich mit Poincaré in Verbindung gesetzt, dem er gegebenenfalls das Finanzministerium übertragen will. Auch mit anderen rechtsstehenden Politikern um Bokanowski hat Herriot Verhandlungen angebahnt.

Vertagung der belgischen Kammer nach Annahme der Eisenbahn-Umbildung.

Brüssel, 19. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Die belgische Kammer ist in die Ferien gegangen, nachdem sie in ununterbrochenen Tag- und Nachtsitzungen die dringenden Gesetzentwürfe verabschiedet. Unter ihnen befindet sich auch der belgisch-holländische Vertrag, sowie das Eisenbahn-Regiegesetz. Letzteres wurde endgültig mit 96 gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Den Forderungen der Sozialisten wurde dabei weitgehend Rechnung getragen.

Der Senat tagt auch noch in der kommenden Woche, er hat noch diese und andere Gesetze zu verabschieden, darunter namentlich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. Die rechtsstehenden Elemente sind entschlossen, einen scharfen Vorstoß gegen die Ratifizierung zu unternehmen. Sie geben vor, daß diese Verlängerung der Arbeitszeit zur Frankstabilisierung notwendig sei. Hier liegt also noch eine gewisse Gefahr. Im Senat ist aber, wenn nicht ganz unerwartete Zwischenfälle eintreten sollten, die Mehrheit für die Ratifizierung gesichert.

Ein parlamentarischer Erfolg der österreichischen Sozialdemokratie.

Der Wortbruch der österreichischen Regierung um seine Früchte gebracht.

Wien, 17. Juli. (Eigener Drahtbericht). Die Taktik der österreichischen Sozialdemokraten, die jeden Verkehr mit der Regierung verweigerten, solange der Wortbruch, den die Regierung durch die Ableugnung des Kompromisses in der Schulfrage begangen hat, nicht gutgemacht sei, hat nun endlich Erfolg gehabt. Am Sonnabend hat der Unterrichtsminister Dr. Rintelen die Vertreter der Sozialdemokraten zu sich geladen und ihnen mitgeteilt, daß er sich entschlossen habe, die Verordnung des früheren Unterrichtsministers, durch die der Lehrplan für ganz Oesterreich klerikalisiert werden sollte, nicht durchzuführen, sondern die Durchführung aufzuschieben und Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über einen neuen Lehrplan einzuleiten.

Der Justizminister gegen das neueste Zeugniszwangsverfahren. Der einmütige und scharfe Protest der Oeffentlichkeit gegen das mit Haft und Geldstrafe durchzuführende Zeugniszwangsverfahren gegen den Schriftsteller Lania hat Erfolg gehabt. Die angedrohte Haft wie die bereits verhängte Geldstrafe werden aufgehoben. Wie wir erfahren, hat auf die Beschwerde des Genossen, Rechtsanwalt Levi, beim Preußischen Justizministerium die zuständige Oberstaatsanwaltschaft in Halle den Untersuchungsrichter beauftragt, die Haftverfügung aufzuheben und das Amtsgericht Charlottenburg, das von Halle aus um die Durchführung der Haft ersucht war, davon verständigt. Zugleich ist wegen der bereits verhängten Geldstrafe von 100 Mark der Beauftragte für Gnadensachen am Landgericht III Charlottenburg ersucht worden, darüber zu berichten, ob die bereits rechtskräftig gewordene Geldstrafe auf dem Gnadenwege aufgehoben werden kann; bis zur Entscheidung darüber ist das Amtsgericht Charlottenburg beauftragt, die Eintreibung der Geldstrafe zu unterlassen. Mit dieser Anordnung des preußischen Justizministeriums hat ein Justizskandal ein unrühmliches Ende gefunden, der die Oeffentlichkeit in hohem Maße erregte. Zugleich aber ist mit der Entschließung des Justizministers der Grundsatz als gültig angesehen worden, daß im allgemeinen Interesse der Staatsbürger der Journalist wie der Arzt oder Anwalt ein Zeugnisverweigerungsrecht haben soll. Dieser Grundsatz ist zwar nicht geltendes Recht in der Strafprozeßordnung, aber seine Anwendung schafft für die kommende Strafprozeßreform einen wichtigen Präzedenzfall.

Stimmungsmache für den Deserteur in Doorn

treibt wieder einmal die „Schlesische Zeitung". Ihr Berichterstatter war „mit einer Anzahl von Arbeitern und Arbeiterführern Gast des Kaiserpaares". Man kann sich vorstellen, was das für kritiklose „Arbeiter" gewesen sein müssen, die heute noch auf Einladungen von dieser Seite Wert legen! Dementsprechend kritiklos ist denn auch der Bericht. Alle Holländer bewundern danach den Kaiser. Seine Lebensführung ist rührend einfach. Von den tausend silbernen Tellern, deren Auslieferung nach Doorn amtlich festgestellt ist, hat der Berichterstatter nur sieben vorgesetzt bekommen, und er erklärt infolgedessen die (nie erhobene) Behauptung, daß es dreitausend Teller seien, für Schwindel . . . Das Wohngebäude habe „nur" vierzehn Räume (was mit dem nie bestrittenen Wortlaut des von uns veröffentlichten Kaufvertrages nicht übereinstimmt). An Küchen- und Hauspersonal sah der Berichterstatter nur zehn oder elf Mädchen, dazu einige Hilfspersonen sowie Gärtner. Ist das nicht rührend bescheiden? Der Kaiser sei geistig fabelhaft frisch und verstände noch immer wie früher einfach alle Fragen als Fachmann, z. B. Bergbautechnik, Unglücksverhütung! Der alte Größenwahn des Fachmanns für alles ist also ungebrochen und findet noch immer Bewunderer. Die „Kaiserin" Hermine beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Andenken an ihre Vorgängerin (!) und im übrigen mit „Erheiterung" des Kaisers.

Und wenn danach noch jemand es zu viel findet, daß so eine rührende Familie zur Aufbesserung für ihre bescheidene Haushaltung einige hundert Millionen Goldmark nachgeworfen bekommt, so ist er eben ein abgefeimter Schurke!

Der Kampf um den Potemkin-Film.

Der Schriftsteller Julius Bab hat auf Grund der Entscheidung der Oberprüfstelle über den Potemkin-Film sein Amt als Beisitzer niedergelegt. Zur Begründung schreibt er:

„Die Beschwerden gegen diesen Film kamen von Stellen, deren rein politische Bestimmtheit vor aller Welt offen liegt. Diese sehen die Gefährdung militärischer Disziplin in dem Film. Aber eine Empörung von Leuten mißbilligen, die sich weigern, madenwimmelndes Fleisch zu fressen und wegen solcher Weigerung in Masse erschossen werden — daß heißt eine Vorstellung von Disziplin hegen, die vielleicht für die Machthaber eines Untertanenstaates nötig, für das Heer eines Volksstaates aber widersinnig ist!

Man braucht also durchaus keine kommunistischen Tendenzen zu hegen, sondern nur auf dem Boden der deutschen Republik zu stehen, um diesen Disziplinareinwand gegen das menschliche Recht dieses großen Kunstwerks absurd zu finden. Die „Sicherheit" eines Volksstaates wird durch Beifall, den die Empörung gegen viehischen Machtmißbrauch weckt, nur gestärkt".

Es darf freilich bei dem bloßen Austritt aus der Filmprüfstelle nicht sein Bewenden haben. Wichtiger noch ist der Kampf um endgültige Unmöglichmachung eines solchen Zensurskandals.

Die Rebellion im „Stahlhelm".

Braunschweig, 16. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Im Braunschweiger Stahlhelm herrscht jetzt offene Rebellion. Trotzdem der Bundesleitung Magdeburg die Verfehlungen des Landesverbandsführers Uhlenhaut-Braunschweig bekanntgegeben worden sind, hat die Bundesleitung sich hinter den Landesverbandsführer gestellt. Sie hat jetzt einen Oberstleutnant a. D. mit der Führung der Bezirksgruppe Braunschweig-Stadt beauftragt. Alle Mitglieder sollen einen Schein unterschreiben, in dem sie die Entscheidung der Bundesleitung anerkennen. Darauf haben die 1600 Mitglieder der Stahlhelmortsgruppe ihre abgesetzten 20 Kameradschaftsführer wiedergewählt. Außerdem veröffentlichen sie heute folgende Anzeige in den bürgerlichen Blättern der Stadt Braunschweig: „Der Bundesführer Seldte hat entschieden. Uhlenhaut ist nach Ansicht des Bundesführers ein Vorwurf auf Grund der von den Kameradschaftsführern der Bezirksgruppe Braunschweig-Stadt eingereichten Beschwerden nicht zu machen. Er bleibt im Amte, trotzdem die Beschwerdeschrift 47 Punkte enthält, die durch Eid von den Zeugen bewiesen werden und durch Akten und Geschäftsbücher belegt sind. Der Stahlhelmgedanke steht zu hoch, als daß man es ruhig hinnehmen darf, wenn Personen über die Sache gestellt werden. Der Sache kann man nur dienen, wenn Ordnung, Sitte und Ehre in den eigenen Reihen herrschen. Wir erkennen deshalb die Entscheidung des Bundesführers nicht an und können für diese Entscheidung Verständnis nicht aufbringen. Nach wie vor treten wir vor jedem Richter den Wahrheitsbeweis für jeden der 47 Punkte der Beschwerde an, die in folgende Hauptabschnitte eingeteilt war: 1. Eigenmächtige Handlungsweise gegen die Interessen des Stahlhelm, 2. wirtschaftliche Schädigung des Stahlhelm, 3. Unwahrhaftigkeit und Untreue, 4. Verstöße gegen Ehre und Gewissen.

Die Bezirksgruppe Braunschweig-Stadt hat sich außerhalb des Landesverbandes und der Bundesleitung gestellt. Sie hat ihre Führer, die man durch Ausschluß auszuschalten versuchte, wiedergewählt. Dieses ist der Bundesleitung mitgeteilt worden. Die Bundesleitung hat die Folgerungen hieraus jedoch nicht gezogen. Im Gegenteil, Herr Uhlenhaut versucht seit Wochen, einzelne Personen zu sich herüberzuziehen, um durch eigene Darstellungen die Einheit in der Bezirksgruppe Braunschweig-Stadt zu zertrümmern. Wir geben nicht zu, daß die Arbeit langer Jahre durch Zersplitterungsbestrebungen zerschlagen wird. Wir kämpfen für Ehre, Wahrheit und Recht. Im Auftrag der 20 wiedergewählten Führer der Bezirksgruppe Braunschweig.

gez. Rudolph."

In dieser Erklärung wird also dem Führer des Stahlhelm des Landesverbandes Braunschweig Unwahrhaftigkeit und Untreue nachgesagt. Der Bundesführer Seldte soll übrigens mit dem Landesverbandsführer Uhlenhaut eng liiert sein.

Aus dem Reiche.

Die angebliche Ersetzung des Staatssekretärs Kempner durch einen Zentrumsabgeordneten wird von der Presse des volksparteilichen Regierungsflügels wieder bestritten, nachdem sie in den Blättern der gleichfalls an der Reichsregierung beteiligten Demokraten angekündigt worden war. Die Beratung des Reichskanzlers Dr. Marx durch diesen ganz rechtsstehenden Beamten hat bekanntlich den Zentrumskanzler bereits um manche Sympathien gebracht, die er früher einmal besaß.

Milde Sühne im Fall Lessing. Am Sonnabend fand die Urteilsverkündung in der Disziplinarangelegenheit gegen die Hannoverschen Studierenden anläßlich des Falles Lessing durch den Rektor und Senat der Technischen Hochschule Hannover statt. Es wurden folgende Urteile ausgesprochen: Einen Verweis von Rektor und Senat erhielten die Studierenden, deren Teilnahme an den Demonstrationen durch Abnahme der Ausweiskarten festgestellt worden war. Auf Androhung des Ausschlusses von der Hochschule wurde erkannt gegen die Leiter der Bewegung. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß an den Minister die Berufungen für die 11 Relegierten vom Rektor und Senat mit der Bitte um Strafmilderung weitergegeben worden sind.

Die Studentenwahlen in Heidelberg brachten den Linksgruppen einen großen Erfolg. Bei etwa 30 vom Hundert Wahlbeteiligung erhielten sie 12 Sitze, während sie bei den letzten Wahlen nur 8 von 22 erhalten haben. Besonders stark sind die völkischen Stimmen zurückgegangen. Auf der gemeinsamen republikanischen Liste kandidierten u. a. ein Sohn des badischen Finanzministers Köhler und eine Tochter des Reichsbankpräsidenten Schacht.

Mecklenburgs Arbeiter spüren den Regierungswechsel. Der mecklenburgische Minister des Innern erließ am Sonnabend eine Verfügung, nach der für den Freistaat Mecklenburg-Schwerin die Kurzarbeiterunterstützung mit sofortiger Wirkung eingeführt wird. Da in Mecklenburg eine große Anzahl Kurzarbeiter beschäftigt sind, wird diese Verfügung bei allen davon betroffenen Arbeitern und Angestellten außerordentlich wohltuend empfunden werden. Der frühere deutschnationale Innenminister von Brandenstein hatte von der reichsgesetzlichen Ermächtigung, die Kurzarbeiterunterstützung zu gewähren, während seiner Amtstätigkeit keinen Gebrauch gemacht.

Dinter schlägt von hinten und läuft dann weg. Nach der letzten Sitzung des Thüringer Landtags überfiel der Nationalsozialist Dr. Dinter unseren Genossen Abg. Kieß beim Verlassen des Sitzungssaales und versetzte ihm einen Faustschlag von hinten in den Nacken, sodaß Genosse Kieß seine Brille verlor, die ihm zerbrach. Als Genosse Kieß sich zur Wehr setzte, lief Dinter davon. Der Grund zu diesem Racheakt dürften die wohlbegründeten Beschuldigungen sein, die Genosse Kieß gegen die Nationalsozialisten im Landtag erhoben hatte. Kurze Zeit nachher kam es zu einem Streit zwischen Kommunisten und dem nach rechts übergelaufenen einstigen Republikaner Müller-Brandenburg, dem früheren Leiter der thüringischen Schutzpolizei, dem dabei ein Totschläger abgenommen wurde.

Zeugnisse für ausgeschiedene Beamte. Wie in einem Runderlaß des Preußischen Ministers des Innern und des Finanzministers ausgeführt wird, ist Klage darüber geführt worden, daß von einzelnen Dienststellen über ausgeschiedene Beamte und Angestellte, die sich um eine Anstellung im Privatdienst bewerben, die Auskunft verweigert und ihnen dadurch das Fortkommen erschwert worden sei. Die Minister machen daher, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, darauf aufmerksam, daß gegen die Erteilung von Zeugnissen an ausgeschiedene Beamte und Angestellte nichts einzuwenden ist und erklären sich damit einverstanden, daß nach der für die auf Grund der Personalabbauverordnung ausgeschiedenen Beamten usw. getroffenen Regelung auch hinsichtlich der sonstigen ausgeschiedenen Beamten, Angestellten und Arbeiter verfahren wird. Für die Ausstellung der Zeugnisse ist nur der Behördenleiter oder sein gesetzlicher Stellvertreter zuständig. Zeugnisse über noch im Dienst befindliche Beamte dürfen im allgemeinen nur auf Ersuchen anderer Behörden ausgestellt werden, so daß hier in der Regel die Form einer einfachen Auskunft und nicht die eines Zeugnisses zu wählen sein wird. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Maizena das Kraftmehl für Suppen Saucen Gemüse

Der Bürge.

Roman von Th. H. Hall Caine.

05]

„Wartet noch ein wenig", antwortete Jason. „Laßt mich Euch uerst eine Botschaft ausrichten, die ihn betrifft."

Das strahlende Gesicht des alten Priesters nahm plötzlich nen ernsten Ausdruck an. „Eine Botschaft? Du kommst doch cht etwa von Jorgen Jorgensen?"

„Nein."

„Von wem denn?"

„Von dem Weibe meines Bruders."

„Von seinem Weib?"

„Hat er nie von ihr gesprochen?"

„Doch — aber als von einer, die ihn gekränkt und ihm tter unrecht getan hat."

„Das mag so sein, Ehrwürden", sagte Jason, „wer aber nn dem Reuigen und dem Sterbenden zürnen?"

„Liegt sie im Sterben?"

Jason senkte das Haupt. „Sie verlangt nach seiner Verung", sagte er; „sie kann ohne diese nicht sterben."

„Arme Seele! arme Seele!" murmelte der Priester.

„Wie groß ihre Schuld auch sein mag, er kann ihr diese ade nicht verweigern", sagte Jason. „Sie ist in ihrem Elend ein und hat niemanden, der ihr hilft und sie bemitleidet."

„Wo ist sie?"

„In Husavik."

„Was aber läßt sie mir sagen?"

„Sie läßt Euch bitten, ihrem Gatten zu erlauben, sie zu uchen."

Der alte Pastor hob in kläglicher Beschwörung seine Hände por. Aber Jason ließ ihm keine Zeit zum Sprechen.

„Nur auf einen Tag", sagte er schnell, „nur auf einen Tag — eine Stunde nur — eine kurze Stunde. Ehrwürden, sagt t nein. Denkt nur, denkt! Die arme Frau ist allein. Sie nach ihrem Gatten. Sie fleht Euch an, ihn zu senden. Das hre letzte, flehentliche Bitte, ihr letztes Gebet. Erfüllt ihr den sch, und der Himmel wird Euch segnen und es Euch lohnen."

Der arme, alte Pastor war tief unglücklich.

„Mein guter Junge, es ist unmöglich. Ein Schiff liegt ßen in der Bucht, das uns bewacht. Zweimal täglich muß ich mit der Flagge das Zeichen geben, daß der Gefangene noch hier ist. Es ist unmöglich — unmöglich! Es kann nicht sein. Ich sehe keinen Weg."

„Ueberlaßt das mir. Ich werde einen Weg finden", antwortete Jason.

Der alte Pastor rang die Hände und schrie: „Ich darf nicht. Ich wage es nicht."

„Er wird ja zurückkommen", beschwichtigte Jason.

„Erst vorige Woche noch kam die Botschaft von Reykjavik, die uns seinen nahen Tod voraussehen läßt. Er weiß es auch."

„Er wird ja zurückkehren", sagte Jason.

„Mein guter Junge! Wie kannst du das selbst für möglich halten! Welcher Mann würde freiwillig dahin zurückkehren, wo der Schatten des Todes über ihm hängt?"

„Er wird zurückkehren", sagte Jason bestimmt. „Ich weiß es, ich kann darauf schwören."

„Nein, nein", antwortete der alte Pastor, „ich bin zwar nur ein einfacher Mann und seit dreißig Jahren auf diesem weltabgeschiedenen Eiland. Aber das weiß ich besser. Das ist gegen die menschliche Natur, mein Junge. Dann denke an mich, auch an mich."

„Ich denke an Euch, und um Euch zu zeigen, wie sicher ich meiner Sache bin, will ich Euch ein Anerbieten machen."

„Was für eins?"

„Als Bürge zurückzubleiben."

„Was? Weißt du, was du sagst?"

„Ja, deswegen kam ich hieher?"

„Weißt du, daß die Matrosen von jenem Schiff dort drüben täglich, stündlich kommen können, meinen armen Gefangenen zu erschießen?"

„Ich weiß es. Waren sie schon einmal hier?"

„Nein."

„Kennen sie Euren Gefangenen?"

„Nein."

„Wo wäre dann Gefahr für Euch?"

Schwere Tränen rollten aus des Pastors Augen. „Mein Junge, mein guter Junge!" rief er, „du hast mich beschämt. Wenn du dich nicht scheust, dein Leben aufs Spiel zu setzen, dann will ich auch meine Stellung daran wagen."

„Gott segne Euch dafür!"

„Und nun laßt uns zu ihm gehen", sagte der Pastor. „Er ist in seinem Zimmer. Komm, die Botschaft seiner Frau wird ein harter Schlag für ihn sein, obwohl sie schlecht an ihm gehandelt hat."

Mit der Kerze in der Hand trat der Pastor in den Flur hinaus und schritt voran. Doch Jason faßte ihn am Arm und sagte: „Wartet noch. Es ist nicht recht, Euch in diese Angelegenheit hineinzuziehen. Ihr sollt nichts von der Sache wissen, bis sie getan ist."

„Wie du willst", sagte der Pastor.

„Traut Ihr mir?"

„Ja."

„Dann gebt mir den Schlüssel."

Der alte Mann gab ihn.

„Wann müßt Ihr Euer nächstes Zeichen geben?" fragte Jason.

„Morgen, bei Tagesanbruch."

„Und wann antwortet die Schiffsglocke?"

„Sofort."

„Geht ruhig in Euer Zimmer, Ehrwürden und verlaßt es nicht, bis Ihr die Schiffsglocke hört. Dann kommt hierher und Ihr werdet mich hier finden und ich werde Euch den Schlüssel zurückgeben! Traut Ihr mir?"

„Ja."

„Ihr glaubt, daß, komme was wolle, ich mein Versprechen halten werde."

„Ich glaube es."

„Und das werde ich, so wahr ein Gott über uns wacht."

Jason öffnete die Tür und trat ins Zimmer. Es war dunkel. Nur ein kleines Torffeuer im Kamin verbreitete einen matten, roten Schein. Dort saß Michael Sunlocks.

Er hörte wie der Schlüssel im Schloß umgedreht wurde und sagte ruhig: „Seid Ihr es, Sir Sigfus?"

„Nein", antwortete Jason.

„Wer ist's?"

„Ein Freund."

Sunlocks sprang auf die Füße.

„Jason!" schrie er.

„Ja, Jason."

„Komm zu mir! Komm! Wo bist du? Laß mich dich umarmen", schrie Sunlocks und streckte beide Hände aus.

Da fielen sie sich in die Arme und lachten und weinten vor Freude. Nach einer Weile sagte Jason:

„Sunlocks, ich bringe dir eine Botschaft."

Das Budget des Völkerbundes.

Von Dr. Hans Wehberg.

Deutschland wird, sobald es Mitglied des Völkerbundes geworden ist, an den Einnahmen und Ausgaben des Bundes ein hervorragendes Interesse haben. Wenn auch vorläufig noch die von jedem Staate an den Bund zu zahlenden Beiträge verhältnismäßig geringfügig sind, so ist es doch möglich, daß mit der weiteren Ausbreitung der Tätigkeit des Völkerbundes die Ausgaben mehr und mehr wachsen. Deutschland, das von diesen Ausgaben einen seiner Bedeutung entsprechenden Anteil tragen muß, kann in einer Zeit, wo alle unnötigen Ausgaben vermieden werden müssen, nur solche Ausgaben bewilligen, die für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes notwendig erscheinen.

Was die Verteilung der Kosten unter die Mitglieder des Bundes betrifft, so lautete die ursprüngliche Fassung des Abs. 5 des Art. 6 der Satzung dahin, daß die Kosten nach dem Schlüssel des Weltpostvereins auf die einzelnen Staaten verteilt werden sollten. Um den Verteilungsmaßstab mit den finanziellen Kräften der Mitglieder besser in Einklang zu bringen, beschloß die zweite Bundesversammlung (1921), daß die Ausgaben des Bundes von den Mitgliedern nach einem von der Bundesversammlung festgesetzten Verhältnis getragen werden sollten. Diese Satzungsänderung ist 1924 in Kraft getreten. Die sechste Völkerbundsversammlung hat einen Verteilungsschlüssel aufgestellt, wonach z. B. Großbritannien 105, Frankreich 79, Italien und Japan 60, Indien 56, China 46 usw. Einheiten zu zahlen haben. In runden Summen berechnet, haben darnach Großbritannien 2½ Millionen, Frankreich 2 Millionen, Italien und Japan 1½ Millionen, Indien 1,4 Millionen, China 1,1 Millionen Goldfranken jährlich zu zahlen.

Ueber die Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben enthält die Völkerbundssatzung keine Bestimmung; denn Abs. 5 Art. 6 handelt nur von der Verteilung der Kosten unter die Mitglieder des Völkerbundes. Erst seit der dritten Bundesversammlung besitzt der Bund eine eigene „Finanzordnung". Darnach steht die Bewilligung des Budgets einzig und allein der Bundesversammlung zu. Zu deren Unterstützung dient vor allem eine Kontrollkommission, bestehend aus drei bis fünf vom Völkerbundsrate ernannten Mitgliedern.

Die Vorbereitung des Budgets spielt sich in folgender Weise ab. Die drei finanziell gleichwertig nebeneinander stehenden Organisationen, nämlich erstens das Generalsekretariat des Völkerbundes, zweitens das internationale Arbeitsamt und drittens der Ständige Internationale Gerichtshof, übersenden der Kontrollkommission spätestens am 1. Mai jedes Jahres den Entwurf eines Haushaltsvoranschlags für das nächste, am 1. Januar beginnende Finanzjahr. Zu diesem Voranschlag verfaßt die Kontrollkommission einen Bericht mit evtl. Abänderungsvorschlägen, der spätestens drei Monate vor Eröffnung der Bundesversammlung dem Rate und den Mitgliedern des Bundes übersandt wird. Bis zur Bundesversammlung kann der Voranschlag noch durch Bemerkungen des Völkerbundsrates sowie durch Aenderungsvorschläge dse Generalsekretärs ergänzt werden. Während der Tagung der Bundesversammlung erstattet die Kontrollkommission einen Schlußbericht. Erst jetzt beginnt die Arbeit der Bundesversammlung, deren vierte Kommission die Aufgabe hat, sich mit finanziellen Fragen zu beschäftigen.

Die Bundesversammlung hat sowohl die Abrechnung über das abgelaufene Finanzjahr wie den Voranschlag für das folgende Jahr zu bewilligen. Diese Genehmigung hat, wie der Völkerbundsrat am 29. Januar 1923 ausdrücklich entschieden hat, einstimmig zu erfolgen. Es kann hier der bedauerliche Zustand eintreten, daß der Widerspruch eines einzelnen Mitgliedes die Annahme des Budgets verhindert. Werden Abänderungsvorschläge zum Budget gestellt, so setzt der Vorsitzende alle Posten, deren Abänderung beantragt ist, von dem Gesamtbudget ab und bringt dieses abzüglich der beanstandeten Posten zur Abstimmung. Erst nach Annahme des Gesamtbudgets wird über die einzelnen Abänderungsanträge entschieden.

Das Budget, das mit Goldfranken rechnet, zerfällt, wie bereits bemerkt, in drei Teile: Sekretariat, Arbeitsamt und Ständiger Internationaler Gerichtshof. Der Voranschlag für 1927 verteilt die Kosten von rund 24,6 Millionen Goldfranken folgendermaßen:

Sekretariat u. Sonderorganisationen	13 243 155	Goldfranken
Internationales Arbeitsamt	7 665 165	„
Ständiger Internation. Gerichtshof .	2 143 777	„
Bauausgaben	1 375 000	„

Damit jederzeit, auch wenn einzelne Staaten mit ihrer Beitragspflicht im Rückstande sind, hinreichende Geldmittel vorhanden sind, hat die erste Bundesversammlung die Anlegung eines Reservefonds beschlossen, dessen Höchstbetrag auf fünf Millionen Goldfrank festgelegt ist. Der Ueberschuß eines Rechnungsjahres darf nur auf Grund eines besonderen Beschlusses der Bundesversammlung dem Reservefonds überwiesen werden. Mitglieder, die aus dem Bunde ausscheiden, haben das Recht, die von ihnen in den Reservefonds gezahlte Summe zurückzufordern. Die Bewilligung der Vorschüsse aus dem Reservefonds an die einzelnen Organisationen steht dem Generalsekretär zu.

Durch diese Bestimmungen ist in hervorragendem Maße eine Sicherheit dafür geschaffen worden, daß sich die Finanzgebarung des Völkerbundes ordnungsmäßig vollzieht.

Auftakt zur britischen Reichskonferenz.

Am Donnerstag gaben verschiedene Kleine Anfragen dem englischen Premier Baldwin Veranlassung, sich in genauer Weise über das Programm der nunmehr auf den 5. Oktober festgelegten britischen Reichskonferenz zu äußern. Als allgemeine Grundlage für die Beratungen bezeichnete Baldwin: Erörterung der weltpolitischen Lage und der daraus für das Reich sich ergebenden Rüstungs- resp. Verteidigungsnotwendigkeiten. Insbesondere werde das Problem der Fühlungnahme und gemeinsamen Beratung zwischen den Regierungen der Dominions und der des Mutterlandes über alle Gesamtinteressen des Reiches angehende Fragen zur Diskussion gestellt werden. An wirtschaftlichen Fragen würden in erster Linie zur Beratung kommen: Auswanderungs- und Einwanderungsfragen; der Gesamtstand des gegenwärtigen Handels im Reich und seine weitere Entwicklung; der Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten im Reich unter Berücksichtigung der Aufgaben des Reichsschiffahrtskomitees und der Weiterentwicklung des Luftverkehrs; Verbreitung von „Empire-Films" möglichst durch das ganze Reich.

Die scheinbare Großzügigkeit dieses Programms läßt nicht übersehen, daß Baldwin sorgfältig vermieden hat, eigentlich kritische Fragen auf das Programm zu setzen, was von der Opposition im Parlament alsbald zur Veranlassung genommen wurde, Fragen zu stellen, die dem Premier sichtlich höchst unbequem wären. Ueber die wichtigste, auf die letzten Ereignisse in Kanada zielende Frage, nämlich, ob die Vollmachten der Generalgouverneure hinsichtlich ihres Rechtes, Parlamente der Dominions aufzulösen, besprochen werden würden, konnte Baldwin nur die unzulängliche Auskunft geben, daß ihm nichts von einer Absicht dieses Problem zur Sprache zu bringen, bekannt sei. Nach Baldwins Auskunft wird die Oeffentlichkeit wie bisher von den Beratungen ausgeschlossen bleiben, wenigstens sagte er, daß er an eine andere Regelung nicht gedacht habe.

Ein polnisch-litauischer Grenzzwischenfall.

Kowno, 16. Juli. (Drahtbericht.) Beim Dorf Senne überschritten fünfzehn polnische Soldaten mit einem Unteroffizier an der Spitze die litauische Grenze und forderten die litauische Grenzwache auf, sich zu ergeben. Als diese sich weigerte, eröffneten die Polen ein Gewehrfeuer. Die litauischen Grenzpolizeibeamten zogen sich zurück. Die Polen verfolgten sie etwa hundert Schritt auf litauischem Territorium.

Kleine Auslandsnachrichten.

Konferenz der Außenminister dreier Randstaaten. Der lettländische Außenminister Ulmanis ist von der Konferenz der Außenminister Finnlands, Lettlands und Estlands in Reval nach Riga zurückgekehrt. Wie verlautet, soll auf der Konferenz eine Einigung in der Frage der Beantwortung der Vorschläge Rußlands in Sachen des Neutralitätsvertrages erzielt worden sein. Die drei Staaten gedenken, Rußland gleichlautende Antwortnoten zu überreichen.

Offiziersschiebungen bei Munitionslieferungen in Finnland. Es sind Mißbräuche bei den Lieferungen für die finnländische Armee aufgedeckt worden. Die Fabrik Suomen Ampumatarvetehdas in Riihimäki hat bei der Lieferung von 400 Millionen Gewehrpatronen im Laufe von drei Jahren teilweise untaugliches Material geliefert. Die verschiedenen leitenden Militärinstanzen, darunter auch der Verteidigungsminister Hjelman, äußern sich zu diesen Vorgängen in der Presse. Es wird dabei vermerkt, daß der Oberbefehlshaber des Schutzkorps, Oberst Halmberg, Direktionsmitglied der Fabrik ist.

Eine Einheitspartei der bürgerlichen Linken in Ungarn. Auf der Konferenz der linksstehenden bürgerlichen Oppositionsparteien wurde beschlossen, eine einheitliche Linkspartei unter dem Namen „Nationaldemokratische Unabhängigkeitspartei" zu konstituieren.

Die Verhandlungen im Budapester Kommunistenprozeß wurden am Freitag vormittag nach eintägiger Unterbrechung wieder aufgenommen. Die Vernehmungen befaßten sich hauptsächlich mit einer von den Kommunisten eingerichteten Arbeiterbildungsschule in Wien, die der Gewinnung sozialdemokratischer Arbeiter dienen sollte, und an der auch der frühere ungarische Rätediktator Bela Khun unter dem Namen Schwarz gelehrt haben soll. Der Angeklagte Nemec erklärte, er habe selbst erst bei der Polizei erfahren, daß der Vortragende Schwarz der Wiener Bildungsschule mit Bela Khun identisch gewesen sei. Der Angeklagte Martin Fokkel bekundete, daß ihn die Polizei mißhandelt habe, als er nicht zugeben wollte, daß Schwarz mit Bela Khun identisch sei. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen ermahnte der Vorsitzende den Hauptangeklagten Rakosi, als er beim Verhör seiner Mitangeklagten ironisch lächelte, und mit dem Kopf nickte, er solle sich „anständig" benehmen. Auf die höhnische Erwiderung erhielt Rakosi erst einen und dann zwei Tage verschärften Arrest. Ebenso ging es einem anderen Angeklagten.

Der persische Kriegsminister in Sowjetrußland. Der persische Kriegsminister Mirza-Chan-Forugi ist auf der Durchreise nach Westeuropa in Baku eingetroffen. Sowjetpressevertretern gegenüber erklärte der persische Minister, daß er ein warmer Anhänger einer engen Annäherung Persiens an die Sowjetunion sei. Die persische Regierung beabsichtige, russischen Industriewerken große Aufträge zu erteilen. Diese Auftragserteilung sei der Auftakt zu einer weiteren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder.

Die Wiener Arbeiterhochschule.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Am vergangenen Sonnabend wurde der erste Halbjahrlehrgang der Wiener Arbeiterhochschule feierlich geschlossen. In Nußdorf, dem lieblichen Wiener Vorort, wo Beethoven jahrelang wirkte und seine berühmte „Eroica" komponiert hat, steht ein schönes Barockschlößchen aus der Zeit Maria Theresias. Die Habsburger haben hier ihre Jagdgelage und wohl auch ihre Liebesorgien gefeiert. Die Wiener Sozialdemokraten errichteten an derselben Stelle ihre erste Arbeiterhochschule, die bedeutendste Arbeiteruniversität außerhalb Sowjetrußlands. Unter materieller Beihilfe seitens der Gemeinde Wien, welche außerdem das Jagdschlößchen zu diesem Zweck hergab, wurde im Vorjahr ein Verein „Arbeiterhochschule" gegründet, unabhängig von Partei und Gewerschaft. 32 Hörer und sechs Hörerinnen haben das erste Semester soeben beendet. Lithographen, Schlosser, Post- und Bahnbeamte, Buchhalter, Hausgehilfinnen, Strickerinnen, Kleinbauern, Kellner und Fabrikarbeiterinnen waren darunter. Die Anstalt stand unter der LeitungJosef Luitpold Sterns, des Vorsitzenden der Arbeiterbildungsbewegung, der auch in Deutschland als Wanderlehrer einen Namen hat.

Bei der Aufnahme der Hörer ist die Beurteilung des Charakters ausschlaggebend. Der erste Hochschulkurs umfaßte drei Lehrgebiete: Nationalökonomie: Staatssekretär a. D. Otto Bauer; Staatslehre und Politik: Staatskanzler a. D. Dr. Renner; Allgemeine Geschichte des 19. Jahrhunderts: ungarische Minister a. D. Siegmund Kunfi. Dazu gab es Vorlesungen über Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung und Deutsche Wirtschaftsgeschichte: Staatssekretär a. D. Dr. Julius Deutsch; Geschichte der Internationale: Dr. Fritz Adler; Rechtskurse: Staatsskretär a. D. Dr. Eisler; Sozialversicherung Staatssekretär Matthias Eldersch. Die Hauptkurse fanden in den Vormittagsstunden statt, am Nachmittag Seminarien. Die Hörer und Hörerinnen lebten lebten im Internat. Schöne Garten-, Lese- und Musikräume standen ihnen für die Mußestunden zur Verfügung. Auch Vor-Kursus war besonders interessant und aufschlußreich. Erlebtes und Geschautes — zu diesem Zweck wurden Parlaments- und Landtagssitzungen häufig besucht — verarbeiten die Hörer in Aufsätzen und Referaten, die durchwegs von Urteilsreife, methodischer Vorarbeit und reichen Kenntnissen zeugen. Eine reichhaltige Bibliothek, Besuche von Betrieben und Gewerben, Theater und Konzert, endlich Ausflüge in die Umgebung sind Gelegenheit zu ununterbrochener Anregung. „Es gilt hier, Oesterreich zu verändern", erklärte der Anstaltsleiter Stern bei der Schlußfeier. „In zehn Jahren werden wir die Früchte unserer Arbeit sehen". (Der Hauptunterschied zwischen dieser Arbeiterhochschule und ähnlichen deutschen Einrichtungen in Tinz liegt in der Verlegung der Hochschule in die Hauptstadt, wodurch führende Kräfte der Arbeiterbewegung für sie herangezogen werden können. Red.)

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 17. Juli.

1 Pfund Sterling	20,402	100 frz. Francs	10,30
1 Dollar	4,195	100 tsch. Kronen	12,422
100 holl. Gulden	168,61	100 Schweizer Francs	81,19
100 belg. Francs	10.31	100 Pesetas	66,27
100 norw. Kronen	92,03	100 schwed. Kronen	112,33
100 Danzig. Gulden	82,37	100 000 ung. Kronen	5,865
100 Lire	14,25	100 östr. Schilling	59,29
100 dän. Kronen	111,25	100 Zloty	45,69

Aus aller Welt.

Den Tod in den Bergen

fand ein englischer Journalist aus London, der mit einem Kollegen in den Dolomiten einen Aufstieg auf den Zimon della Cala unternahm. Unmittelbar unter der Spitze riß plötzlich das Seil, der eine stürzte in die Tiefe und fand den Tod. — Im Zugspitzengebiet abgestürzt ist der Studienrat Keberling aus Plauen i. V. Seine Leiche wurde unter großen Schwierigkeiten geborgen und zur Höllenthalhütte gebracht. — Beim Aufstieg zur Dachsteinspitze verirrten sich im Nebel drei Leipziger Touristen. Der 20jährige Kaufmann Helmut Kuhn stürzte dabei an der Wallerscharte 100 Meter tief ab und war sofort tot.

Brandstiftungen von Fabrikanten.

Die Vorstandsmitglieder der Schuhfabrik Comes & Schütz, A.-G., Max Comes und Eduard Schütz in Frankfurt a. M., wurden, wie die „B. Z." meldet, unter dem Verdacht des betrügerischen Bankerotts und der Brandstiftung in Untersuchungshaft genommen.

Die russischen Flieger in Pommern stecken geblieben.

Die russischen Flieger sind gestern vormittag 8½ Uhr in Danzig gestartet und wurden um 9½ Uhr über Stolp gesichtet. Gegen 11 Uhr vormittags mußten sie in der Nähe von Schivelbein notlanden, da die Gummimuffen zwischen den Zylindern gerissen waren. Ferner ist die Maschine auf einem weichen, mehr moorigen Gelände niedergegangen, von wo der erneute Abflug nur sehr schwer möglich sein wird. Es kann danach noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wann der Weiterflug erfolgt.

Lebendig begraben.

In dem bei Warnsdorf nahe der sächsischen Grenze gelegenen nordböhmischen Ort Kreibitz hat sich ein furchtbarer Vorgang abgespielt. Auf einem Rummelplatz stand auch die Bude des „Eisenkönigs". Dort ließ sich allabendlich der Artist Hermann Rusitschka lebendig eingraben. Ein Arm durfte aus dem Grab herausschauen, damit der Begrabene eventuell das Zeichen geben könne, daß er schnell ausgegraben werden müsse. Nach dem Begräbnis am Dienstag abend wollen nun die Zuschauer solche Notzeichen gesehen haben. Sie forderten daher, daß der Mann ausgegraben werde. Aber der Budenbesitzer meinte, es seien nur nervöse Bewegungen, die immer vorkämen. Als man dann nach 25 Minuten das Grab aufschaufelte, fand man eine Leiche. Der Artist ist nach den amtlichen Feststellungen erstickt.

Ein origineller Kongreß

fand dieser Tage in Wien statt. Das große Wiener Arbeitersportfest übte auf die „Kunden" aus aller Welt eine derartige Anziehungskraft aus, daß, wie sich herausstellte, diese Kundenzunft während der Festtage in ansehnlicher Zahl Wien bevölkerte. Bei dieser Gelegenheit wurde eine regelrechte Tagung abgehalten, deren Aufgabe die Regelung allgemeiner Kundenzunftinteressen, wie man sagt eine sehr gründliche Lösung erfuhr. Es wurde sogar die Abhaltung eines nächstjährigen internationalen Kongresses beschlossen.

Mövenflug über den Atlantischen Ozean.

Eine Stummelmöve, die als Jungvogel am 28. Juni 1923 an der Ostküste von Northumberland in England beringt wurde, ist in Kanada an einem, Ticklace genannten Ort geschossen worden. Wie ein Bericht der Behörden des Kanadischen Nationalparks behauptet, ist dies der erste nachgewiesene Fall, daß ein beringter Vogel den Atlantischen Ozean überflogen hat. In der „Umschau" weist aber Dr. Löser darauf hin, daß schon während des Krieges eine von der Vogelwarte Rossitten beringte Möve in Florida erlegt wurde. Nähere Nachrichten waren damals allerdings während des Krieges nicht zu erlangen.

Ein seltsamer Leuchtfisch

Ein kleiner, gar nicht so seltener Fisch, der an der Küste der irischen Grafschaft Galway oft in großen Mengen gefangen wird, ist auf dem besten Wege, zu einer wissenschaftlichen Berühmtheit zu werden. Es hat sich nämlich jetzt erst herausgestellt, daß er imstande ist, einen großen Tropfen einer lichtspendenden Flüssigkeit auszuscheiden. Zehn solcher Fische spenden Leuchtkraft von mehr als einer Zehntel Kerze und, wenn man in einem Torf-Gewässer die von ihnen ausgeschiedene lichtspendende Substanz auflöst und diese Mischung dreißig Sekunden auf eine photographische Platte wirken läßt, so reicht das hin, um auf der photographischen Platte einen deutlichen Eindruck zu hinterlassen. Der Fisch hat einen etwa 15 Zentimeter langen Leib, an dem ein schmaler, drachenartiger, je 25 Zentimeter langer Schwanz hängt. Man kennt kein anderes leuchtendes Tier, das auch nur annähernd so viel Leuchtstoff abzugeben imstande wäre. Die von den bisher bekannten leuchtenden Tieren abgesonderten Leuchtstoffmengen sind so gering, daß es den Gelehrten bisher nicht gelungen ist, die Leuchtsubstanz festzustellen. Dieses rätselhafte natürliche Licht ist um so interessanter, als es die ökonomischste Lichtart ist, nämlich „kaltes" Licht, bei dem nicht ein Teil der lichterzeugenden Kraft unnötiger Wärmeproduktion verschwendet wird. Dieses kalte tierische Licht ist von den Glühwürmchen, Feuerfliegen und mehreren Tiefseefischen her bekannt. In einigen Fällen sind Bakterien seine Urheber, aber hier trifft dies nicht zu. Die Lichtbereitung dient diesem Fische offenbar als Schutzmittel. Wird er gereizt oder angegriffen, so entladet er seine lichtspendende Drüse in das Wasser und schafft um sich herum eine große leuchtende Wolke, die den Angreifer in Verwirrung bringt und dem Fische erlaubt, im Schutze seines Feuerwerks zu entschlüpfen.

Prähistorische Funde bei Moskau.

Im Gouvernement Brjansk, dem Nachbargouvernement Moskaus, werden bereits seit zwei Wochen unter Leitung von 15 Gelehrten im Bezirk Suponewo Ausgrabungen vorgenommen. Gefunden wurden verschiedene Werkzeuge aus der Steinzeit, ferner Stoßzähne von Mammuts und zahlreiche Waffen. Diese Gegenstände datieren sämtlich aus einer Zeit, die etwa 25 000 Jahre zurückliegt. Die Ausgrabungen werden energisch fortgesetzt.

Anstellungsaussichten für Deutsche in China.

Wie der Schlesischen Auswandererberatungsstelle aus Schanghai geschrieben wird, mehren sich in letzter Zeit wieder Stellungsgesuche von jüngeren und älteren Leuten, die auf eigene Rechnung nach China gereist sind, wo sie sich sofortige Anstellungsmöglichkeiten versprachen. Es kann nur wiederholt darauf hingewiesen werden, daß eine Anstellung bei deutschen Firmen in China je nach Bedarf durch deren Stammhäuser oder Geschäftsfreunde in Deutschland vermittelt wird. Von einer Ausreise ohne Anstellungsvertrag muß angesichts der ungünstigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse in China dringend abgeraten werden.

Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb am 15. Juli, nach 34jähriger Dienstzeit, unser werter Kollege, der **Amtsgehilfe**

Heinrich Fiedler

Sein jedermann gefälliges und freundliches Wesen war jedem ein Vorbild.

Das gesamte Pflege- und Wirtschaftspersonal des Wenzel-Hancke-Krankenhauses.

Beerdigung: Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Dorotheen-Friedhofes, Steinstraße. 486

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.

Am 15. Juli verstarb im Alter von 61 Jahren unser Verbandskollege, der **pensionierte Weichenwärter** vom E.-A.-W. 1 2633

Franz Prenzel.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Mauritius-Friedhofes aus.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 16. Juli, nachts 1¼ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Frau und herzensgute, treusorgende Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

Anna Bendig

geb. **Dittrich**

im Alter von 38 Jahren und 9 Monaten. 485

In tiefer Trauer zeigen dies im Namen aller Hinterbliebenen an

Breslau, den 19. Juli 1926

Georg Bendig
nebst Tochter **Herta.**

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Einbaumstraße Nr. 10, nach dem Oswitzer Friedhof (Erlöser) Tor 6.

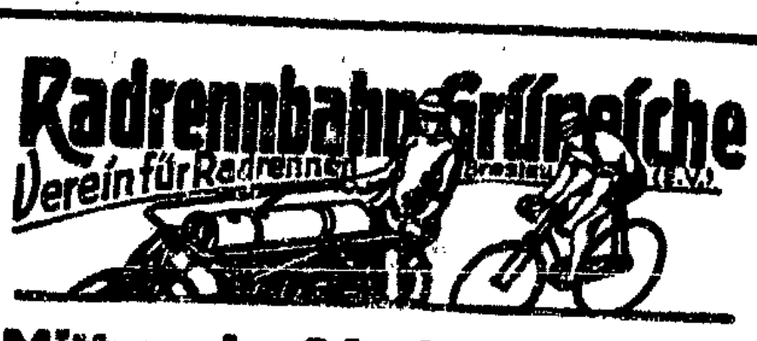
Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme bei dem schmerzlichen Verlust meines geliebten, hoffnungsvollen Sohnes und unseres unvergeßlichen Bruders **Erich** sprechen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Sprecher der Monistischen Gemeinde, Herrn Dr. Cramer, unseren innigsten Dank aus.

Auch seinen Kameraden im Reichsbanner, welche es sich nicht nehmen ließen, dem teuren Entschlafenen die letzte Ehre zu erweisen, sagen wir ganz besonders den herzlichsten Dank.

Breslau, den 17. Juli 1926.
Ziegelgasse 4 u. Stockgasse 3.

Max Liedecke
484 **nebst Kindern.**



Mittwoch, 21. Juli abends 8 Uhr, Einlaß 6 Uhr

Großer Abendpreis

über 100 km in 2 Läufen.

Linart
Ganay
Sawall
Saldow
Thomas

4261

2 Tandem-Rennen

Dienstag 7 Uhr: Training.

Beteilige mich an der Praxis **sämtlicher Krankenkassen.**

Dr. med. Kühnast

Fernruf: Ohle 3176 **Poscner Straße 56** Fernruf: Ohle 3176

Sprechstunden: ½8—½9 Uhr, ½3—½4 Uhr.

12780

Dr. med. Walter Krause

Facharzt für Knochen- und Gelenkleiden
(medico-mechanische Anstalt)

BRESLAU V, Salvatorplatz 3/4 4260

Fernruf: Ohle 7333 — Sprechst.: 10—12½, 3—6.

Bei allen Krankenkassen zugelassen.

Die **„Frauenwelt"** den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

Schnürsenkel, 2—10 Pf., **Lippert,** Heinrichstr. 16. 12710

Für Klischees

und Matrizen, die innerhalb 14 Tagen nach Ablauf des Auftrages nicht abgeholt, kann eine Gewähr für Aufbewahrung nicht übernommen werden.

Verlag der Volkswacht

Nähmaschinen-Reparaturen

aller Systeme werden seit 50 Jahren fachgemäß und schnell gefertigt. Abholung kostenlos

Lager von neuen und gebrauchten Maschinen alle mit **5 Jahren** Garantie. 12709

M. Buttermilch, Ritterplatz 11, I.

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur **50 Pf.,** auswärts 10 Pf. Porto.

Volkswacht-Buchhandlung (Modernes Antiquariat)
Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmunterricht

an Erwachsene und Kinder
das ganze Jahr hindurch, ohne Rücksicht auf Wind und Wetter
Außer Sonntags täglich von 7—8 Uhr 4196

Chaiselongues

größte Auswahl von 30 Mark an
günstige Zahlungsbedingungen

Max Giesel Breslau, Brüderstraße 23 16241

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 12710
Tel. Stephan 37 460.
Täglich 8 Uhr:
Der große Operettenerfolg!
„Die vertauschte Frau"
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 25. Male!
„Die vertauschte Frau"
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum ersten Male
„Donnerwetter — Ganz famos"
Musik von Walter Brenne.
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Donnerwetter — Ganz famos"

Liebich-Theater
Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr
Die letzten Vorstellungen der Revue:
„Was Frauen träumen" 12721
Abschieds-Vorstellung:
Dienstag, den 20. Juli, abends 7½ Uhr.

Sofort Geld
auf Pfänder!
Leihhaus Rother
Albrechtstraße 43, I.

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Inserate erzielen in der **„Volkswacht"** den größten Erfolg

Der Nutzen der Buchkarte

tritt dann besonders in Erscheinung, wenn es sich um den Erwerb größerer Werke handelt. — Ein solches größeres Werk ist die soeben erschienene

Sittengeschichte des Proletariats!

Der Weg vom Leibes- zum Maschinensklaven. Mit **200 zeitgenössischen Stichen und Holzschnitten, mehr- und einfarbigen Kunstbeilagen, Zeichnungen, Karikaturen und Plakaten von der Antike bis zur Moderne.** 320 Seiten, Lexikon-Format, Ganzleinen, Preis **18.00 Mk.** Für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder auf Buchkarte bei **Wochenraten** von **nur 50 Pf.**

Inhaltsgliederung: Lebensformen und Existenzverhältnisse des Proletariats in der Antike. — Pflichtenkreis des Sklavenstandes und Sklavenmißhandlung. — Zwangsprostituierung und sittlicher Tiefstand des antiken Proletariats. — Entwicklung des hörigen Landproletariats. — Herrenrecht im früheren Mittelalter. — Bauernvergnügung und Dorfmoral. — Arbeitszucht und Bettelordnung. — Frauenhaus und Dirnenleben. — Die Verfolgung der Unsittlichkeit des Proletariats. — Bürgerliche Erziehungsversuche und Auflehnungsversuche des Proletariats. — Armut und Unsittlichkeit. — Proletarische Lustbarkeit. — Der Kampf des Proletariats um Verbesserung seiner sozialen und sittlichen Lage.

Auswärtige Bezieher senden nebenstehenden Bestellschein ausgefüllt an die Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 3, N. Graupenstraße 5.

Bestellschein.

Bestelle hiermit das Werk: **„Sittengeschichte des Proletariats"**, Preis **18.00 Mk.**, gegen 6 pünktliche Monatsraten von **3.00 Mk.** Die erste Rate, zuzüglich Porto, soll bei Lieferung des Werkes nachgenommen werden. Die weiteren Raten folgen auf Postscheck-Konto 5852, Breslau.

Name: .....

Stand: .....

Wohnung: .....

.....

DER LEIDENSWEG DES REICHS SCHUL GESETZES

HEINRICH SCHULZ

PREIS 2.80 MARK

Zu beziehen durch:
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5

Kein Fest ohne

Feuerwerk!

Feuerwerkskörper, Fackeln, Bengalflammen
Eigene Fabrikation. Lampions, Pfahlbauten usw.
Fachmännisches Abbrennen von Feuerwerken
liefert billigst die größte Spezialfirma 12794

B. Jakubowicz BRESLAU 2 Vorwerkstr. 12

Die Volksschule als Einheitsschule

Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher

Der Proletarische Kosmos

Zu beziehen durch die Geschäftsstelle d. Zeitung u. die Zeitungsträger.

Liederbuch
des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
69 Lieder mit Noten
Preis **80 Pf.**
Volkswacht-Buchhandlung

Arbeitsmarkt

Lehrmädchen
für Hosen gesucht.
Moravek, Alsenstr. 78.

In der „Volkswacht" haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Jüngere Kontoristin

nicht über 21 Jahre, perfekt Schreibmaschine u. Stenographie (zunächst aushilfsweise) gesucht. Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen Donnerstag u. Freitag von 5—7 Uhr nachmittags.

Verband Preußischer Polizei-Beamten
Nachodstraße 18, Portal 1. 1279

Für die Redaktion verantwortlich: Franz Zimmer, für den Anzeigen: Max Tokus. — Redaktion: Friedrichstr. 3. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. Juli.

Aus der Republik.

Der Lehrer Biehlig in Klein-Masselwitz ist Vorsitzender eines Gesangvereins, der im vorigen Jahre eine Schiffspartie auf der Oder unternahm. Der Dampfer trug die schwarz-weiß-rote Mörderfahne, und als man einem anderen Dampfer begegnete, der schwarz-rot-gold geflaggt hatte, sagte Biehlig nach einem Bericht der „Volkswacht": „Dort kommt unser Feind Schwarz-Rot-Mostrich!" Er wurde deshalb in gleichem Bericht der Aufmerksamkeit der Schulaufsichtsbehörde empfohlen. Daraufhin schrieb Biehlig der „Volkswacht" einen dummdreisten Brief, der von Beleidigungen strotzte, worin er bestritt, die angegebene Aeußerung getan zu haben. Er verlangte, daß diese Stilübung als „Berichtigung" aufgenommen werde. Die Redaktion schickte ihm aber seinem Schreib mit dem Bemerken zu, daß er sich im Rahmen des Preßgesetzes zu halten habe, wenn er eine Berichtigung wünsche. Biehlig nahm nun seine Zuflucht zum Kadi und erstattete Anzeige wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung und Beleidigung. Genosse Darf machte schon im Vorverfahren geltend, daß ein beleidigender Brief keine Berichtigung sei, um so mehr war er dann erstaunt, daß zwar wegen Nichtaufnahme der Berichtigung keine Anklage erfolgte, der Staatsanwalt aber wegen angeblicher Beleidigung trotzdem Anklage erhob. Er wandte sich deshalb mit einer Beschwerde über die Breslauer Staatsanwaltschaft an den Preußischen Justizminister und fragt an, welches öffentliche Interesse vorliege, daß die Staatsanwaltschaft den Vorsitzenden eines unter schwarz-weiß-roter Flagge segelnden Gesangvereins vor dem Vorwurf schützen wolle, er habe die Reichfahne verächtlich gemacht. Dem Minister war zwar angesichts dieser Art Amtseifer der Breslauer Staatsanwaltschaft nicht recht wohl, aber da das Verfahren bereits bei Gericht schwebte, war es nicht mehr rückgängig zu machen, so daß jetzt am Sonnabend Termin vor dem Breslauer Schöffengericht anstand.

In diesem Termin sagte ein Zeuge unter seinem Eide aus, er habe ganz in der Nähe des Biehlig gestanden und die in der „Volkswacht" berichtete Redewendung deutlich vernommen. Biehlig aber bestritt unter seinem Eide, die Aeußerung getan zu haben. Seine weitere Zeugenkorona hatte die Aeußerung nicht gehört und der Lehrer Eichmann sagte, er habe sich mit Biehlig unterhalten, und würde die Aeußerung gehört haben, wenn sie gefallen wäre. In eigenartiger Würdigung positiver und negativer Zeugenaussagen kam das Gericht daraufhin zu dem Schluß, bei den widersprechenden Zeugenaussagen könne der Beweis nicht als erbracht gelten, daß die Aeußerung gefallen sei. Ebenso wurde Genossen Darf Wahrung berechtigter Interessen abgesprochen, es gibt also in Breslau einen Richter, der in der Meinung lebt, daß mit dem Eintreten für die Reichsfarben kein berechtigtes Interesse verfolgt wird. Ebenso wurde der Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Bandmann, abgelehnt, eventuell beide Beleidigungen aufzurechnen. Das Gericht war hier der Meinung, erst sei Biehlig in der „Volkswacht" beleidigt worden, und in seinem Brief habe er nur die Beleidigung erwidert. Immerhin, viel Staat war mit Biehlig nun einmal nicht zu machen, und so wurde Genosse Darf unter Hinweis auf seine vielen Vorstrafen zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Biehlig wird für seinen klobigen Brief natürlich nicht bestraft, denn die Redaktion hat ihn zurückgeschickt, statt den Schreiber zu verklagen. Selbstredend wird gegen das in mehr als einem Punkt irrende Urteil Berufung eingelegt. Aber heute schon stellen wir fest, daß der Klein-Masselwitzer Lehrer Biehlig nach der eidlichen Aussage eines Zeugen die Reichsfahne verächtlich gemacht hat. Wir überlassen es dem Staatsanwalt, sich wegen dieser Behauptung seines Schützlings abermals anzunehmen und zum zweiten Male Anklage gegen die „Volkswacht" zu erheben. Und der Schulaufsichtsbehörde gegenüber betonen wir, daß der Lehrer Biehlig in Klein-Masselwitz nicht der geeignete Mann ist, die Kinder des Volkes im Geiste der republikanischen Verfassung zu erziehen. Im übrigen werden sich Reichstag und Landtag noch mit dem Falle zu beschäftigen haben.

Die 400-Jahr-Feier des Allerheiligen-Hospitals

wurde am Sonnabend vormittag in der Aula des Krankenhauses schlicht und würdig begangen. Konzertsänger Gärtner leitete unter Klavierbegleitung von Fräulein Barbara Müller die Feier mit dem Gesang „Der Herr ist mein Hirt" ein. In verschiedenen Festreden wurde der Bedeutung und der Geschichte des Hospitals gedacht. Einen nochmaligen kurzen Ueberblick über die letztere gab Verwaltungsdirektor Dr. Mueller, der auch den Vertretern der Behörden, der Sozialversicherungsanstalten, der Aerzteschaft und der Presse für ihr Erscheinen dankte. Die ersten Spuren einer öffentlichen Krankenpflege lassen sich in Breslau bis ins 13. Jahrhundert zurückverfolgen, wo seinerzeit das Sankt-Lazarus-Hospital für Aussätzige als erstes gegründet wurde. In den Zeiten der großen Seuchen war dies nie ausreichend, und auch durch das durch den menschenfreundlichen schlesischen Reformator Johannes Heß gegründete und von dem Ratsherrn Cullmann und seiner Ehefrau, wie von den beiden Krischkes unterstützte „Allerheiligen-Hospital" wurden die Ansprüche der damals schon sehr bedeutenden Stadt Breslau nicht erfüllt. Auch heute sei das noch nicht in vollem Maße der Fall, was aber geleistet worden sei, zeigten die folgenden Zahlen: In den letzten 20 Jahren wurden durchschnittlich jährlich gegen 8600 Kranke verpflegt und gegen 70 000 Patienten in der Poliklinik behandelt.

Stadtrat Genosse Dr. Landsberg überbrachte die Glückwünsche der Stadtverwaltung und die Nachricht von einer vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten vom Magistrat beschlossenen Stiftung eines Projektionsapparates zu wissenschaftlichen Zwecken und zur Unterhaltung der Kranken. Er erinnerte daran, daß das Allerheiligen-Hospital in den ersten Jahrhunderten seines Bestehens doch nur eine sehr mangelhafte Einrichtung war, daß die eigentliche Geburt des wirklichen Krankenhauses den 1801 erfolgenden Neubau geschah. Die treibenden Kräfte waren hierzu der Prorektor Schummel und der Prediger Müller, die den Klagen der Armen, die hier als Kranke verpflegt werden sollten, ihre Stimme liehen. Es sei kein Zufall gewesen, daß dies zu Ende des 18. Jahrhunderts geschehen sei, wo zum erstenmal durch die amerikanische Befreiung und die französische Revolution ein neuer Gedanke der Sozialität in die Welt hinausgetragen wurde. Der erste leitende Arzt, ein Dr Ebers, ein genialer Mann, war in diesem neu errichteten Krankenhause am rechten Ort. Er gab dem von der Stadt aufgebauten Mechanismus die Seele, machte ihn zum Organismus. Er bildete den Vorläufer der großen Zeit des Allerheiligen-Hospitals, die anbrach, als vor fast einem Jahrhundert die Universitätsklinik hierher verlegt wurde, als hier die großen Mediziner Frerichs, Biermer, Middeldorpf, Neisser, v. Friedländer, Ottomar v. Rosenbach, Cohnheim, Weigert, Waldeyer und noch andere wirkten. Diese Zeit fand 1892 mit der Verlegung der Universitätskliniken ihr Ende. Aber auch die große Reihe der Primärärzte, die gleichzeitig und nachher noch wirkten, leisteten medizinisch Hervorragendes. Es sei nur erinnert an Biedner, Buchwald, Schmieden und viele andere. Das Allerheiligen-Hospital sei unvollkommen in seiner heutigen Gestalt, obgleich es stets wie ein Phönix aus der Asche wieder emporstieg; ein großzügiger Umbau sei jetzt geplant. Mit dem Schritt ins neue Jahrhundert sei dabei der Wunsch verbunden, daß der alte Geist des Heldenzeitalters der Anstalt in die neue Form übertragen werde.

Es sprachen noch die Anstaltsgeistlichen Pastor Biewald und Kuratus Kuhnert und der Primärarzt Prof. Dr. Tietze, der gelobte, wie die vergangenen Generationen ihre Pflicht gegenüber der kranken Menschheit getan habe, auch diese übernommene Pflicht getreu weiter zu erfüllen.

Am Abend fand im Remter des Rathauses eine größere offizielle Feier statt, bei der Bürgermeister Dr. Herschel noch einmal alles bei der Morgenfeier Gesagte zusammenfaßte und über die Pläne des Magistrats zur Umgestaltung der Anstalt einiges erwähnte. Primärarzt Prof. Dr. Erckelenz dankte für die Wünsche Dr. Herschels und die Zusage der Unterstützung des Magistrats. Er wies, wie am Vormittag Primärarzt Prof. Dr. Tietze, auf das Vermächtnis an Pflichten von den Vorfahren hin.

Achtung! Achtung!

Heute abend 8 Uhr:

23 Frauenversammlungen

Genossinnen! Frauen! Jungmädchen!

Macht Euch heute abend bestimmt frei und

besucht recht zahlreich Eure Versammlungen!

Rektorenwahl an der Breslauer Universität.

Zum Rektor der Universität Breslau für das Studienjahr 1926/27 wurde am Sonnabend der ordentliche Professor der alten Geschichte Geheimer Regierungsrat Dr. Ernst Kornemann gewählt.

Als Dekane für das Studienjahr 1926/27 sind gewählt in der katholisch-theologischen Fakultät Professor Dr. Haase, in der evangelisch-theologischen Fakultät Konsistorialrat Professor D. Steinbeck, in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Helfritz, in der medizinischen Fakultät Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Bielschowsky, in der philosophischen Fakultät Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kroll.

Empfang der dänischen Kinder im Rathause.

Die am Freitag zu einem zwölftägigen Aufenthalte bei uns eingetroffenen 20 dänischen Kinder wurden am Sonnabend vormittag im Fürstensaal des Rathauses offiziell begrüßt. Bürgermeister Dr. Herschel hielt eine Ansprache.

Auch der dänische Konsul in Breslau nahm Gelegenheit, für die gastliche Aufnahme der kleinen dänischen Gäste zu danken. Er betonte den hohen kulturellen Wert solchen Kinderaustausches.

Die Arbeitersänger-Werbewoche und ihre kulturelle Bedeutung in Breslau.

Was heißt Singen? Singen heißt, sich und seinem Mitmenschen Freude bereiten, ihn zur Ehrfurcht zwingen, auf den Ernst vorbereiten und mit Liebe überschütten. Alles in allem: den Menschen zum Denken, Handeln, Schauen und Genießen erziehen. Der Sänger oder die Sängerin will das ganze Menschentum im Zuhörer entfesseln, wie wir es ja auch mit unseren Freiheitschören beabsichtigen, die auf die Steigerung zugeschnitten sind, natürlich nur, wenn Höchstleistungen im Gesang gebracht werden. Und gerade der Gesang steht in einem inneren Verhältnis zur Kultur und Kunst, da er doch viel Ursprüngliches in sich birgt, wie es uns ja auch das Volkslied beweist mit seiner Herkunft aus vergangener Zeit. Das Volkslied mit seinem Geheimnisvollen, mit seinem Anziehenden, mit seinen seltenen Reizen und seinen Schönheiten hat soviel Lebendiges und soviel Uebertragbares an sich, daß wir mit Recht von einer kulturellen Ueberlieferung sprechen müssen. Stets wird der Mensch bewegt, ergriffen und begeistert, hat er die Gelegenheit, ein schönes vorgetragenes Volkslied zu hören. Aber nicht nur das Volkslied übt diesen Zauber aus! Jedes von einem mit gutem Stimmaterial ausgerüsteten Chor schön gesungene Lied erzeugt bei den Zuhörern ein Maß von Ergriffenheit, die nicht abhängig ist von seinem Willen, sondern durch die Vortragenden beeinflußt wird. Sänger und Sängerinnen, die so in ihrer Aufgabe aufgehen, sind Priester und Priesterinnen und Künstler und Künstlerinnen zugleich. Schon diese wenigen Uebereinstimmungen mit dem Ursprung des Gesanges und den Zielen unserer Chöre beweist die angenehme Eigenart und den hohen sittlichen, kulturellen Wert der Arbeitersänger-Bewegung, die über so viele Bedenken und Rückschlüsse sich zu ihrer heutigen Größe und Stärke hindurcharbeiten mußte. Uneingeweihte und oberflächliche, wir wollen nicht sagen böswillige Menschen, stempeln diese Eigenart als subjektive Einstellung zur Erreichung politischer Ziele. Selbstverständlich machen wir als gut erzogene Gewerkschaftler und überzeugte Republikaner aus unserer politischen Gesinnung kein Hehl. Nach des Tages Last und Arbeit gesellschaftlich nun auf einmal ein ganz anderer Mensch und für jedes unsere Ehre verletzende Biedermannmotiv zugänglich zu sein, das lehnen wir entschieden ab. Ein jeder aber, der sich von diesen Gesichtspunkten leiten läßt, leistet Kulturarbeit und gehört in unsere Gesangvereine, die dem Deutschen Arbeitersängerbund angeschlossen sind.

K. S.

* * *

Heute, am Montag, singt die Gruppe 2 auf dem Rehdigerplatz und Gruppe 6 auf der Holteihöhe. Die Anschlagsäulen besagen alles Weitere. Als Abschluß der Werbewoche findet am Sonntag im Friedeberg, nachmittags 4 Uhr, ein **Garten-Volkskonzert** statt, bestehend aus Männermassenchören und Gemischten Massenchören. Eintritt im Vorverkauf in den „Vorwärts"-Lagern und bei den Mitgliedern. Arbeitslose gegen Vorzeigen der Erwerbslosenkarte an der Kasse 20 Pf.

„Grenzen der bisherigen Sozialisierungstheorien".

Ueber dieses Thema sprach am 9. Juli im Gewerkschaftshaus Dr. F. Meyer in der Sozialistischen Studentengemeinschaft. Er führte aus: Im Gegensatz zu anderen Fragen des Sozialismus besitzen die Theorien über Sozialisierung noch keine längere Problemgeschichte. Erst im und besonders nach dem Krieg werden sie wissenschaftlich behandelt. Das hängt stark mit dem Charakter der Sozialisierung als historischer Aufgabe zusammen und sei besonders vom Eindringen des Rationalisierungsproblems in die sozialistische Theorie abhängig.

Die erste Sozialisierungstheorie wurde im Kriege von Neurath aufgestellt. Er nimmt an, daß es in der sozialistischen Wirtschaft weder Geld, Preis und Löhne und keinen der drei Märkte: Kapital-, Waren- und Arbeitsmarkt mehr gebe. Die Grundlage einer naturgemäß immer noch notwendigen Wirtschaftsrechnung bilde nach ihm eine Naturalrechnung. Bereits Max Weber hat die Neurath'sche Theorie kritisch nur als Wiederbelebung der alten haushaltsmäßigen Rechnung hingestellt, durch welche unmöglich die Funktionen des Marktes im Kapitalismus ersetzt werden können. Außerdem fehlt bei der Neurath'schen Theorie ein Vergleichsmaßstab für Halbfabrikate, eine Einbeziehung der Standortsfragen und anderer wichtiger Faktoren.

Als Zweiter führt Otto Leichter im Gegensatz zu Neurath als Rechnungsfaktor die Arbeitszeit ein. Schon bei Marx selbst aber findet sich eine Kritik solcher Versuche, die nur eine andere Rechnungsart bringen, sonst aber alle kapitalistischen Faktoren bestehen lassen.

Eine andere Theorie, die ein kompliziertes, dem Kapitalismus ähnliches System schaffen wolle, die aber das Geld ausschalte, habe Karl Landauer in Anlehnung an die Grenznutzentheoretiker aufgestellt. Eine zweite größere Gruppe bilden die Theoretiker Schaeffle, Cohn und Polanyi. Sie vertreten die Ansicht, daß der Markt durch eine organische Umformung der Wirtschaft ersetzt werden müsse. Der Maßstab, wieviel Arbeit aufgewendet werden dürfe, solle nach Schaeffle durch die Abschätzung nach Spezialtaxen durch eine Kommission, gewonnen werden. Polanyi setzt anstelle des anarchischen Kampfes auch dem Markte, einen parlamentarischen Gildenkongreß, dem ein Konsumentenparlament gegenüberstehe. In der Tat entbehren diese Theorien jedes Wirklichkeitssinnes. Der Kommunist Tschajanoff vertrete die Theorie eines Taxensystems mit Verwaltungszwang.

Eine dritte Gruppe wende sich gegen die völlige Aufhebung des Marktes. Ihr gehöre vor allem Eduard Heimann an, der das Hauptgewicht in einer sozialistischen Planwirtschaft auf Bedarfsdeckung legt, und Rathenau, der ein Monopolkartell schaffen wolle, in dem der Markt erhalten bleibe, wobei durch Staatszwang minimalste Monopolpreise festgesetzt werden.

In der Gegenwart habe sich allen diesen und den Sozialisierungstheorien überhaupt gegenüber eine skeptische Einstellung entwickelt. Von außersozialistischen Denkern, die sich mit den Fragen beschäftigen, seien Miesis und Max Weber zu nennen. Der letztere begründe die Unmöglichkeit einer Rationalisierung der Wirtschaft damit, daß die Wirtschaft eine historisch-kulturelle, also irrationale einmalige Erscheinung sei, was eine Beherrschung derselben durch das menschliche Bewußtsein ausschließe.

Dr. Meyer charakterisierte den gegenwärtigen Stand der Fragen damit, daß alle Antworten bisher das eigentliche Problem offen ließen. Weder sei eine brauchbare Theorie geschaffen worden, noch habe die Kritik die Unmöglichkeit einer Theorie erweisen können. Als Notwendigkeit ergebe sich daher die Forderung nach Schaffung einer Methode, mit deren Hilfe das gesamte Fragengebiet in Angriff genommen werden könne. Dieses aber stelle sich dar in einer Ueberwindung des Marktproblems und der Auffindung einer Wirtschaftsrechnung, die aus der Totalität des Wirtschaftsprozesses gewonnen wird.

In der Diskussion sprachen Genosse Eduard Wolff und Genosse Dr. Levy. Der erstere wandte sich gegen die Ansicht des Vortragenden, daß die Erziehungs-Planwirtschaft von Heimann bereits eine Widerlegung gefunden habe.

Stillegung eines Werkes.

Die große chemische Fabrik „Silesia" in Breslau-Woischwitz, die mehr als ein Menschenalter bestanden hat, sich vorzugsweise mit der Herstellung künstlicher Düngemittel befaßte und zurzeit der Kampagne, im Frühjahr und Herbst, Hunderte von Arbeitern beschäftigte, ist für immer stillgelegt. Der Betrieb ist nach der Schwesterfabrik in Saarau bei Königszelt verlegt, die auch einen Teil der Beamten übernommen hat. Nach Beendigung der Abräumungs- und Abwickelungsarbeiten sollen die vorhandenen umfangreichen Fabrikanlagen, mit ihren nicht mehr zeitgemäßen Einrichtungen, die einen rationellen Betrieb nicht mehr zuließen und teilweise schon baufällig sind, abgebrochen werden. Ueber das ausgedehnte Terrain, das dann frei wird, und sich hart an der Weichbildgrenze unserer Stadt befindet, ist noch nicht verfügt, doch soll sich der Breslauer Magistrat das Vorkaufsrecht zu Siedlungszwecken gesichert haben. Die Schließung des Werkes dürfte, so bedauerlich es für dessen Belegschaft ist, für dessen Umgebung von großem Vorteil sein, da die bisherigen üblen und gesundheitsschädlichen Ausdünstungen dieser Fabrik nun in Wegfall kommen, was der Bautätigkeit und Erschließung der dortigen Gegend sehr förderlich sein wird.

Die Breslauer Bevölkerung,

die sich Ende Mai 1926 auf 560 566 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Juni 1926 nach der „Fortschreibung" (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des Städtischen Statistischen Amtes 560 613. Geborene wurden 744, Gestorbene 546 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 198. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 3606 und die der Fortgezogenen auf 3757, woraus sich ein Wanderungsverlust von 151 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende Mai 1926 um 47 Köpfe.

30. Deutscher Krankenkassentag.

Die ordentliche Jahresversammlung des Haupt-Verbandes deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, der 30. Deutsche Krankenkassentag, findet am 25. und 26. Juli 1926 in Düsseldorf statt. Der Hauptverband deutschen Krankenkassen ist die größte Krankenkassenorganisation Deutschlands. Er umfaßt rund 1580 Krankenkassen mit weit über 10 Millionen Mitgliedern. Im ganzen Reiche sind überhaupt 18 Millionen Personen krankenversichert. Die Tagesordnung sieht unter anderem Vorträge über die internationalen Triebkräfte der Sozialversicherung von Ministerialdirektor Grieser; über das Naturheilverfahren von Professor Dr. Klein, Jena; über die Gesundheitsfürsorge in der Reichsversicherung von Ministerialrat Dr. Zschimmer, Berlin, und über die Kinderfürsorge von Professor Dr. Schloßmann, Düsseldorf, und Direktor Strübig, Hamburg, vor.

Ein feiner Hauswirt.

Uns wird geschrieben:

Ein feiner Hauswirt ist der Mitbesitzer des Grundstückes Alsenstraße 41, Herr Dr. med. Harry Hirschberg. Im Jahre 1922 hat er unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel Wohnungen im 5. Stockwerk seines Grundstückes ausbauen lassen. Um in den Besitz öffentlicher Mittel zu gelangen, gab er die Erklärung ab, die so erstellten Wohnungen unter die Mietzwangswirtschaft zu stellen, so lange die Mieterschutzgesetzgebung besteht. Der Mieter hat bei seinem Einzuge einen Vertrag abgeschlossen, der eine Jahresmiete von 600 Papiermark vorsieht. Als dann im Jahre 1923 feste Währungsverhältnisse eintraten und auch die Mietpreise für Altwohnungen entsprechende Anpassungen erfuhren, trat der Mieter an Hirschberg heran, um auch eine Umstellung der vereinbarten Papiermarkmiete für die von ihm bewohnte Wohnung vorzunehmen. Hirschberg setzte sich über die von ihm schriftlich abgegebene Erklärung hinweg. Unter Berufung auf den § 16 des Reichsmietengesetzes strengte er im Januar 1924 Klage auf Räumung und Zahlung eines Mietpreises auf einer Basis von 600 Goldmark an. Nach zwei eingeholten Gutachten wurde eine Miete von 300 Reichsmark als durchaus angemessen bezeichnet. Vom Mieter ist dann unter Anrechnung an diesen Preis die Miete immer berechnet und bezahlt worden. Hirschberg gab sich jedoch damit nicht zufrieden und erhob im April 1926 die seiner Meinung nach ihm zustehende Klagefordere-

rung auf über 500 Reichsmark. Ein an den Vertreter des Beklagten gerichtetes Ansinnen, Hirschberg behilflich zu sein, diesen Betrag vom Wohlfahrtsamt der Stadt Breslau zu erlangen, ist natürlich abgelehnt worden.

Hirschberg, der bei einer Behörde angestellt ist, muß eine eigenartige Auffassung über Verwendung öffentlicher Mittel haben.

Im Prozeß, der immer noch in der ersten Instanz schwebt, wurde nun vom Kläger ein Gutachten beigebracht, nach welchem die in der Inflationszeit mit öffentlichen Mitteln ausgebaute Wohnung einen Erstellungspreis von 3200 Reichsmark plus jährlicher besonderer Kosten (?) von 77 Reichsmark aufweist. Ob das Gericht der gleichen Ansicht ist, bleibt abzuwarten. Zu bedenken gibt, daß Hirschberg, der in diesem Prozeß bereits einen Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt hat, dem Wunsche Ausdruck gab, von dem der Angelegenheit jetzt vorsitzenden Richter ein Urteil zu erlangen. Will er durch das Vorbringen eines derartigen Wunsches die Unparteilichkeit der Richter anzweifeln? Nebenbei ist noch zu erwähnen, daß Hirschberg Wert darauf legte, festzustellen, daß er dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" nicht angehört und auch niemals angehören wird. Will er mit einer derartigen Feststellung, die mit dem Prozeß gar nichts zu tun hat, etwa Eindruck schinden? Rg.

Geistreiche Antwort.

Uns wird von einem Erwerbslosen geschrieben:

Am Donnerstag, den 15. d. Mts., wie üblich, begebe ich mich in die Zahlstelle der Erwerbslosenfürsorge, um meine Unterstützung von 9,15 Reichsmark die Woche abzuholen. Da heißt es, Ihre Unterstützung ist gesperrt.

Ich gehe nach dem Neumarkt in die Baracken, um den Grund hierfür zu erfahren. Vergebens. Die Akten sind im „Geschäftsgang".

Ich solle den nächsten Tag wiederkommen, die Akten sind noch nicht da.

Ich wünsche den Dezernenten zu sprechen. Dies ist Oberstadtsekretär Schulz wird mir erklärt. Ich frage nach dem wirklichen Dezernenten. Das ist Herr Stadtinspektor Henschel.

Ich begebe mich in die Registratur und frage: Wo sitzt Herr Stadtinspektor Henschel? Die Antwort lautet: „Auf dem Stuhle".

Ja, wir Erwerbslose sind, so scheint es, Menschen zweiten Grades, denen gegenüber man sich solche Antworten erlaubt. Aber vielleicht sieht die zuständige Stelle dort einmal nach dem Rechten.

Die Ernte

hat auf den Fluren Schlesiens begonnen. Gegenwärtig arbeitet man mit Hochdruck an dem Abmähen und Einpuppen des Roggens. Kleinere Besitzer haben denselben zum Teil schon unter Dach und Fach. Da das Getreide größtenteils liegt, verzögert sich dessen Schnitt. Soweit der Roggen vom Hochwasser verschont ist, ist eine Mittelernte vorhanden. Gerste und Weizen sehen der Reife entgegen. Schön, teilweise prachtvoll, steht auf den vom Hochwasser verschonten Feldern der Hafer. Hoffentlich gefährden nicht erneute, andauernde Niederschläge, sowie die Hartnäckigkeit der Krautjunker, angemessene Löhne zu zahlen, das rechtzeitige Einbringen der Halmfrüchte.

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche **Mittwoch** und **Sonnabend** von 3½ bis 4½ Uhr nachmittags statt. — Eingang Fränckelplatz.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Quittung
der Naturfreunde für Kinderwanderungen.

An weiteren Spenden für unsere Kinderwanderungen gingen ein: Liste 218, Schultheiß-Patzenhofer Brauerei, 34,90 M. Liste 232, Firma Otto Deter, 9,10 M. Liste 238, Firma Orthopädische Werke, 8,50 M. Liste 243, Firma F. W. Hoffmann, 14 M. Liste 228/29, Firma Halpaus, Kartonnagensaal, 14,20 M. Liste 211, Firma Halpaus, Banderoliersaal, 2,95 M. Liste 223/24, Firma Halpaus, Tabaksaal, 39,20 M. Liste 225, Firma Halpaus, Maschinensaal, 10,45 M. Liste 212/13, Firma Halpaus, Packsaal, 31,25 M. Liste 226, Firma Halpaus, Expedition, 10,20 M. Liste 227, Firma Halpaus, Lager, 4,10 M. Liste 242, Firma Friedrich Heckmann, 13,10 M. Firma Cäsar Wollheim 15,65 M. Liste 115, gesammelt durch Riedel, 15 M. Verband der Friseure 10 M. Verband der Glasarbeiter 5 M. Verband der Metallarbeiter 100 M. Verband der Hutarbeiter 15 M. Arbeiter-Angler-Verein 30 M. Polierbund 50 M. Gebrüder Stern 8,10 M. Dr. Eisner 5 M. Bauhütte 20 M. Gewerkschaftshaus-Baugesellschaft 100 M.

Allen Spendern herzlichen Dank. Weitere Zuwendungen erbitten wir an den Wanderfonds der Naturfreunde, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Gewerkschaftshaus, oder an den Genossen Philipp, Gewerkschaftshaus. Die vollen Listen erbitten wir gleichfalls dort möglichst umgehend abzurechnen, woselbst noch weitere Sammellisten erhältlich sind.

Die Ausgabe der Teilnehmerkarten zur nächsten Wanderung erfolgt heute Nachmittag 5 Uhr im Hofe des Gewerkschaftshauses nur gegen Vorzeigung des Verbandes oder Parteibuches des Vaters oder der Mutter.

---

* **Zur Vermeidung von Unfällen.** Mehrere in letzter Zeit eingetretene Unfälle, die auf unvorsichtiges Rückwärtsfahren von Kraftfahrzeugen zurückzuführen sind, haben zu berechtigten Klagen des Publikums geführt. Nach polizeilicher Verordnung werden daher sämtliche Kraftfahrzeugführer unter gleichzeitigem Hinweis auf § 17 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 5. Dezember 1925 darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei Benutzung des Rückwärtsganges alle Maßnahmen zu treffen haben, die eine Verletzung von hinter dem Fahrzeug herumgehenden Personen ausschließen.

* **Wer sind die Gewinner?** Von der Ziehung der vom Festausschuß des Johannisfestes veranstalteten Lotterie sind folgende Gewinne noch nicht abgeholt worden, die auf folgende Nummern entfallen: 1 Herrenrad auf Nr. 96 055, 1 Herrenrad auf Nr. 49 868, 1 Damenuhr auf Nr. 40 395, 1 Damenrad auf Nr. 41 363, 1 Herrenuhr auf Nr. 5551. Es wird gebeten, diese Gewinne umgehend in der Geschäftsstelle des Reichsausschusses für Leibesübungen, Herdainstraße 30, in der Zeit von 12 bis 4 Uhr werktags abzuholen.

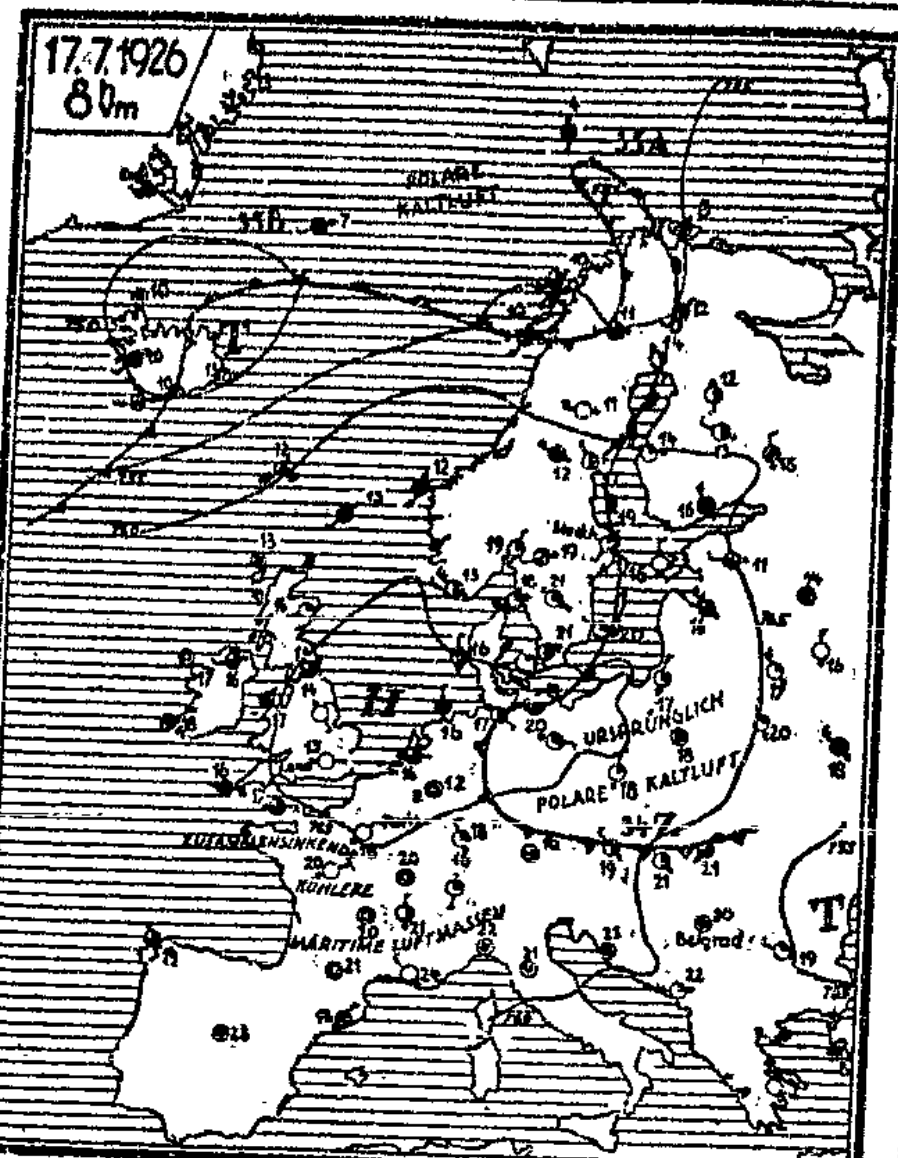
* **Ein Ruderboot gerammt** hat am Sonntag nachmittag um 5 Uhr der Dampfer „Kaiser Friedrich" auf der Oder in der Nähe des Zoologischen Gartens. Das Boot, das stromabwärts fuhr, wurde durch die Strömung quer vor den Bug des Dampfers getrieben, der allerdings erst im Moment des Zusammenstoßes sein Warnungssignal mit der Schiffsglocke gab. Die Insassen, ein Ruderer und eine Ruderin des R.T.B., retteten sich durch Schwimmen aus dem gänzlich zertrümmerten Boot nach dem Zoologischen Garten, von wo sie durch ein Polizeiboot, auf das sich Arbeiter-Samariter begeben hatten, zu ihrem Bootshause hinübergeschafft wurden.

* **Die städtische Lesehalle IV**, An den Teichäckern 1, bleibt vom 19. Juli bis 15. August geschlossen.

* **Werbeblatt „Luftpost 1926".** Die Deutsche Reichspost hat wieder ein Werbeblatt „Luftpost" herausgegeben, das in knapper, übersichtlicher Form eine Skizze der Luftpostlinien, die für die Verkehrswelt wichtigsten Bestimmungen über den Luftpostverkehr und eine Uebersicht über die Luftpostgebühren enthält. Das Blatt wird an den Luftpostorten und anderen wichtigen Verkehrsorten an Behörden, Firmen, Vereine und Personen mit lebhafterem Postverkehr unentgeltlich verteilt. Die Versender eiliger Post werden sich in vielen Fällen des Blattes mit Nutzen bedienen können.

* **Verlegung des städtischen Wahl- und Meldeamtes.** Das städtische Wahl- und Meldeamt wird am Mittwoch, den 21. d. Mts. nach dem 2. Stock des Grundstücks Am Rathaus 26 (Anndi-Haus) verlegt.

* **Wer ist der Tote?** Am 14. Juli wurde aus der Alten Oder zwischen Hindenburgbrücke und Nadelwehr eine unbekannte, männliche Leiche geborgen. Es liegt zweifellos Selbstmord vor. Der Tote ist 40—45 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hat schwarzes, langes Haar, zurückweichende Stirn, spärliche Augenbrauen, dicke, eingebogene Nase, große Ohren und wulstige Lippen. Das linke Bein und der linke Fuß sind verkrüppelt. Bekleidung: Blaue Hose, blaue Unterhose, gestreiftes, abgetragenes Hemd, graue Strümpfe und schwarze Schnürschuhe. Nachrichten über die Persönlichkeit des Toten erbittet die Kriminaldirektion, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Im Bereich der absinkenden Luftmassen polaren Ursprungs herrscht in Schlesien heiteres, trockenes und warmes Wetter. Da sich über der Biscaya-Bucht eine Störung ausgebildet hat, die langsam nordostwärts fortschreitet, so haben wir in Schlesien zunächst mit einem Fönstadium zu rechnen. Auf der Rückseite dieser neuen Störung dringt etwas kühlere maritime Luft ostwärts vor. Diese kann bei ihrem Einbruch in Schlesien, der kaum vor Mitte der Woche stattfinden dürfte, verbreitete Gewitter verursachen. Aussichten für Dienstag: bei südlichem Winde zunächst noch heiter und trocken, sehr warm, Temperaturen über 30 Grad. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei zunehmendem südlichem Winde heiteres, trockenes Wetter, sehr warm.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 19. 7. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Krietern	21	24	12	heiter	OSO 2		
Schneekoppe	10	15	9	halbbedeckt	SW 5		
Grünberg	23	28	16	heiter	S 4		
Oberschreiberhau							
N.-Schles. Baude							
[illegible]baude							
Reinerz	18	25	12	heiter	SO 4		
Landeck	18	25	10	„	S 3		
Görlitz	21	26	18	-	SSO 3		
Bad Flinsberg	19	28	10	halbbedeckt	S 3		
Beuthen	18	24	16	heiter	SO 4	3 km	Sicht
[illegible]ostau	17	24	12	„	SSO 2		
Neufüderbaude	17	26	15	„	SW 2	40 km	Sicht
Kreuzburg				„			
Neisse	15	23	11	„	still		
Gleiwitz	20	24	10	„	SSW 2		
Zobten	20	21	16	„	SSW 2		
Bad Salzbrunn	21	25	11	„	SW 2		
Lobris, Kr. Jauer	23	30	14	„	SW 5		

Wasserstand
19. Juli.

Ratibor	1,82	Ransern (Unter-Pegel)	4,30
Neisse (Stadt)	—0,08	Dyhernfurth	3,35
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,39	Abflußmenge sekundlich	318 cbm
Brieg (Mastenkran)	3,24	Fürstenberg	2,32
Treschen	1,98	Wasserwärme:	+21°

Filmschau.

Fledermaus-Lichtspiele. „Karnevalsrausch." Dieses umfangreiche Filmwerk beschäftigt sich mit der unglückseligen Geschichte einer Schönen, der Leichtgläubigkeit fast zum Verhängnis wird. Den zahlreichen Verehrern ist es erst in zweiter Linie um ihre persönliche Reise zu tun während ihre finanzielle Glückslage — sie ist eine reiche Erbin — den Hauptmagneten bildet. Von einigem unnützen Beiwerk abgesehen, ist die Sache folgerichtig durchgeführt und der Versuch einer psychologischen Zeichnung gemacht worden. Die Vorzüge der Regie liegen in einer reichhaltigen Ausstattung. Darstellerisch wird durchschnittliches geboten. Die Vertreterin der Hauptrolle eignet sich äußerlich durchaus, bis zur Verkörperung ist freilich noch eine erhebliche Strecke. — „Finish." Ein Sportfilm, ebenfalls von erheblicher Ausdehnung. Zwei Vettern, verschiedene Charaktere, stehen einander als Feinde gegenüber, und der Kampf wird zumeist auf dem grünen Rasen ausgetragen. Die gesamte Angelegenheit dreht sich um ein an spannenden Momenten reiches Hindernisrennen, dessen Pulsschlag auch den übrigen Szenen von Nutzen gewesen wäre. Dieser Film, obwohl nicht nach neuesten dramaturgischen Grundsätzen aufgebaut, überwiegt den anderen an künstlerischem Gehalt bei weitem. — Im Beiprogramm: die Deulig-Woche.

Vereinskalender.

Sozialistischer Kampfbund (S.K.B.). Antreten: heute Montag, 8 Uhr. Kameradschaftsführer. Dienstag, den 20. Juli, die Theatergruppe. Mittwoch, den 21. Juli, im Poseidonbad. Freitag, 8 Uhr, in der Turnhalle. Als Ausweis gilt die Mitgliedskarte. Alle Anfragen richte man an Karl Königsberger, Gartenweg 5 oder an Paul Hannak, Annengasse 2.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Distrikt 1. Heut Montag nach der Versammlung findet eine kurze Besprechung der Funktionäre statt. Sämtliche Funktionäre, auch Revisoren, müssen anwesend sein.

Distrikt 2. Heute, Montag, abends 8 Uhr: Distrikts-Versammlung in Beihoffs Schankstätte, Viktoriastraße, Ecke Rehdigerstraße. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist allseitiges Erscheinen notwendig.

Distrikt 4. Unsere Frauenversammlung findet erst morgen am Dienstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Koschik, Luisenstraße 13, statt; Redner Genosse Küchler.

Distrikt 6. Die heutige Versammlung fällt wegen besonderer Gründe aus.

Distrikt 7. Die für heut vorgesehene Versammlung findet wegen Renovation des Lokals erst am Mittwoch statt.

Distrikt 34. Dienstag, den 20. Juli, Kluges Gaststätte, Kleine Groschengasse 11. Redner A. Braedelt.

Jungsozialisten (Jüngere Gruppe). Heute abend findet unsere Arbeitsgemeinschaft statt. „Grundsätze des Kommunismus." Ort: Gewerkschaftshaus, Zimmer 10. Anfang 8 Uhr.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Jugendliche Erwerbslose! Wir treffen uns am Dienstag, den 20. Juli, nachmittags um 4 Uhr, im Gewerkschaftshause (Galeriezimmer) zu Spiel und Unterhaltung. — Am Donnerstag ist von abends um 7 Uhr ab das Heim wieder geöffnet.

Holzarbeiter-Jugend. Heute, abends um 7½ Uhr, treffen wir uns alle im Gewerkschaftshause.

Arbeiter-Jugend.

Heim 8. Wer Zeit hat, trifft sich heut um 6 Uhr im Elisabeth-Gymnasium, alle anderen müssen um 8 Uhr im Heim sein. Ich erwarte bestimmt die vier Paare der Tanzgruppe.

Kassierer! Heut abend 7½ Uhr, Abrechnung im Büro.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Helfer. Donnerstag, 8 Uhr, Zusammenkunft in der Volksschule, Fürstenstraße. Alle Abrechnungen sind mitzubringen.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Unsere Zusammenkünfte in dieser Woche fallen aus.

Gruppe 2 (Scheitnig). Montag kommen alle Kinder und Eltern so zeitig als möglich in das Zimpeler Luftbad. Donnerstag Spiel und Tanz; Treffen 5 Uhr am Heim. Sonnabend, 5—6 Uhr, Geschäftliches.

Gruppe 3 (Odertor). Montag und Freitag, 5¼ Uhr: Treffen am Schießwerder-Platz zum Spielen. Die Kinder aus dem Distrikt 16 sind dazu herzlich eingeladen.

Gruppe 5 (Gräbschen). Zu unserer Ferienfahrt treffen wir uns Dienstag, pünktlich 5¼ Uhr morgens, an der Markthalle, Friedrichstraße. — Wer an der Fahrt nicht teilnimmt, kommt Mittwoch um 4 Uhr auf die Lindenwiese.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Montag: Schwimmen; alle müssen kommen. Dienstag: Treffen aller Kinder am Wenzel-Hancke-Krankenhaus. Freitag: Besprechung unserer Ferienfahrt in der Baracke. Papier und Bleistift mitbringen.

Elternversammlung der Arbeiterkinderfreunde. „Das proletarische Kind und sein Spielzeug" ist das Thema der Elternversammlung, die Dienstag, abends 7½ Uhr, in der SAJ.-Baracke an den Teichäckern stattfindet.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Oltaschin. Was sich ein Ackerschaffer erlauben kann! Auf einem großen Gerstenfelde, gehörig zum Dominium Wessig, sollte die Wintergerste eingefahren werden. Der Tag war dazu wie geschaffen, leider nicht der Ackerschaffer Robert Bunke. Die Leute bekamen vom Dominium eine mit 20 Litern gefüllte Kanne mit, Milch, denkt ihr, ach es war nur Brunnenwasser. Wie nun so fleißig gearbeitet wird, bekommen einige Leute Durst. Einem Mann, der das Wasser trinken will, wird das verboten und er zieht ab. Dann kommt eine Frau und will auch trinken. Auch die will der Schaffer fortjagen, aber diese läßt sich nicht stören und setzt die Kanne an. Bunke will das Gefäß wegnehmen, die Frau hält es fest. So geht das hin und her, bis das Wasser ausgeschüttet ist. Dem Robert aber genügt das nicht. Da eben zum Trinken keine Zeit, kippt er den ganzen Wessiger Sprudel aufs Feld. Diesmal aber hatte Bunke sich verrechnet, denn die Leute waren sich einig, ließen alles stehen und gingen nach Hause. Allein wollte Robert auf dem Felde nicht bleiben und er trollte hinterher. Vor zwei Jahren war Bunke Ackerkutscher. Durch Kriecherei, Speichelleckerei und Zuträgerdienste wurde er endlich Schaffer. Ob die Gutsverwaltung sich bei Herrn Bunke für sein Verhalten auf dem Felde bedankt hat oder ihm die Leviten gelesen hat, entzieht sich der Kenntnis. Bestraft ist er bestimmt nicht worden. Also Arbeiterinnen und Arbeiter! Ihr seht, was sich schon eine solche Kreatur erlauben kann. Setzt ihm Euren Widerstand entgegen, indem Ihr Euch politisch in der SPD. organisiert, gewerkschaftlich im Deutschen Landarbeiter-Verband. Werbet auch Leser der „Volkswacht".

Schottwitz. Männergesangverein „Freiheit". Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß Dienstag, den 20. Juli, von 8 bis 9 Uhr abends, ein Konzert, veranstaltet vom Männergesangverein „Freiheit", Carlowitz, und vom gemischten Chor, stattfindet. Alle Einwohner werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen.

Tschechnitz. Ein Kind in einem Tümpel ertrunken. Das zweieinhalbjährige Söhnchen des Pächters der hiesigen Bahnhofswirtschaft entfernte sich am Sonnabend nachmittags aus der elterlichen Wohnung. Als es in den späteren Nachmittagstunden noch nicht zu Hause eingetroffen war, gingen die besorgten Eltern mit Nachbarn auf die Suche nach dem kleinen Ausreißer, ohne jedoch des Kindes bis zur Dunkelheit habhaft zu werden. Am Sonntagmorgen wurde das Suchen fortgesetzt, mit dem Ergebnis, daß das vermißte Kind in einem Tümpel hinter dem Karbidwerk als Leiche aufgefunden wurde.

Aus Schlesien.

Lebendig verbrannt.

Durch Selbstentzündung von nassem Heu brach in einer Scheune eines Gastwirtes in Morchenstern im Isergebirge ein Brand aus, der in kurzer Zeit auf das Wohnhaus übergriff. Die Kellnerin Leopoldine Stefan, die zwei Tage vor der Hochzeit stand, weckte die Hausbewohner und wollte dann ihre auf dem Dachboden verwahrte Möbel- und Wäscheausstattung retten. Dabei wurde sie ein Opfer der Flammen. Das ganze Anwesen brante vollständig nieder.

Görlitz. Ein Kind von einem Auto getötet. Ein beklagenswerter Unglücksfall ereignete sich in Neuhammer bei Rietschen. Als Herr Müller-Daubitz mit seinem Kraftwagen von Rietschen aus den Berg hinunterfuhr, kam die dort zu Besuch weilende achtjährige Hildegard Dunkel vom Inselweg aus auf die Straße und lief in das Auto hinein. Obwohl der Fahrer schon aufs äußerste rechts auswich, wurde das Kind vom linken Vorderrad erfaßt und erlitt einen Schädelbruch. Der Wagen prallte rechts an den Baum und erlitt einen Achsenbruch, sowie Beschädigungen. Den Wagenführer trifft keine Schuld, ein Ausweichen noch weiter nach rechts war auch nicht möglich, da dort ein vierjähriges Kind am Chausseerand stand. Das achtjährige Kind, Tochter eines Eisenbahnbeamten in Görlitz, ist leider schon auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben.

Gewerkschaftsbewegung.

Zum Erntestreik der Landarbeiter!

Die Verhandlungen über Abschluß eines Lohntarifs und Gewährung einer Erntezulage vor dem Schlichter haben am letzten Sonnabend kein Ergebnis gezeitigt. Die Arbeitgeberseite lehnt nach wie vor eine Erntezulage ab. Sie wollen es den einzelnen Arbeitgebern frei stellen, ein kleines Ernte„geschenk" zu gewähren. Daß ein solches Ansinnen von den Arbeitnehmervertretern abgelehnt wurde, ist selbstverständlich.

Die Verhandlungen sind bis heute nachmittag 4 Uhr vertagt worden. Die Arbeiterschaft ist angewiesen, die Arbeiten zu verrichten, bis die Verhandlungen zu einem Ergebnis gelangt oder endgültig gescheitert sind.

Das Reichsarbeitsministerium „beweist" mit Zahlen.

Das Reichsarbeitsministerium hat in seinen der Presse gegebenen Darlegungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit dem gewissen Nachdruck hervorgehoben, daß zurzeit bereits wieder dreiviertel der Bauarbeiter in Beschäftigung seien. Diese Zahl des Reichsarbeitsministeriums muß, ähnlich wie seine Zahlen über die Wanderarbeiterfrage, mit Vorsicht aufgenommen werden. Das Reichsarbeitsministerium liebt es, sich diplomatisch auszudrücken. Man muß deshalb, wenn man sich nicht irreführen lassen will, nicht nur zwischen den Zeilen, sondern auch zwischen den Zahlen des Ministeriums lesen.

Von den Bauarbeitern sind dreiviertel in Arbeit; sie sind aber lange nicht alle als Bauarbeiter in Arbeit. Und das ist das Entscheidende. Rund 22 Prozent der Bauarbeiter sind im Augenblick noch arbeitslos; in Köln 41 Prozent, Dortmund 37,3 Prozent, Königsberg 31,4 Prozent, Danzig 30,1 Prozent, Erfurt 28,2 Prozent, Baden 28 Prozent, Breslau 24 Prozent und Berlin 22,7 Prozent; in den übrigen Bezirken liegt die Ziffer der arbeitslosen Bauarbeiter im großen und ganzen unter 22 Prozent. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Tausende von Bauarbeitern, die ausgesteuert wurden, nicht mit eingerechnet sind; sie werden weder beim Verband, noch bei der Fürsorge gezählt. Sie müssen sich schlecht und recht durchhungern.

Die Hoffnung, daß die noch arbeitslosen Bauarbeiter in den nächsten Wochen Beschäftigung finden werden, ist mehr als trügerisch. Wir hatten im Vorjahr Ende Juni 3,25 Prozent arbeitslose Bauarbeiter, dieses Jahr 22 Prozent. Die Zeit ist viel zu weit vorgeschritten. Bis die neuen Maßnahmen der Reichsregierung über alle Widerstände in den Ländern und Gemeinden weg sind und anfangen sich auszuwirken, ist es Herbst. Die Hauptbauzeit ist dann vorbei.

Zum Kampf um die Sonntagsruhe.

Die Angestellten im Einzelhandel führen seit längerer Zeit einen hartnäckigen Kampf um die Sonntagsruhe. Während in vielen Ländern unseres Reiches die vom Zentralverband der Angestellten eingeleiteten Aktionen mit Erfolg für die Sonntagsruhe geworben haben, ist das gleiche in Bayern nicht gelungen. Dort hat das zuständige Ministerium als Antwort auf die Bestrebungen der Angestellten, die Sonntagsruhe zu sichern, Verordnungen und Ausnahmebestimmungen erlassen, die die Sonntagsruhe nahezu illusorisch in diesem Musterland machen.

In der „Handelswacht", dem amtlichen Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Nr. 12 vom 30. Juni d. Js. erfahren wir aus einem Bericht über den Münchener Verbandstag, daß den Verhandlungen vorausging ein „Frühstück mit bayrischen Machthabern" (Ministern, Bürgermeistern, Regierungsräten u. a.) Das Blatt findet für den Wert eines solchen Frühstücks „auch für solche Standesgenossen, die nicht dabei sein konnten" diesen Ausdruck:

„Mit solchen Ministern, Bürgermeistern, Räten usw. kann man reden und streiten, man kann Wünsche äußern und begründen, man hat das Gefühl, daß ein vernünftiges Wort einen guten Ort findet und daß eine solche Aussprache mehr wert ist, als ein halbes Dutzend langer Eingaben."

Es sind nun mittlerweile schon mehrere Wochen seit diesem Frühstück verstrichen. Bis heute ist aber nichts darüber bekannt geworden, ob diese bayrischen Regierungsstellen etwas zur Revision ihrer Maßnahmen in der Sonntagsruheangelegenheit unternommen haben. Oder sollten die würdigen Vertreter des D. H. V. ganz und gar vergessen haben, bei dem Früstück diese heikle Frage mit den bayrischen Machthabern zu erörtern? Die Standesgenossen, die nicht dabei sein konnten, sind begierig, zu wissen, ob das Frühstück auch nach dieser Richtung hin eine schöne Sache gewesen ist.

Vier Streikposten in Newyork erschossen.

In Newyork streiken seit drei Wochen etwa vierzigtausend Schneider und Kleidermacher. Sie haben eine der besten Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten, sind auch durchweg Sozialisten und sind aus diesem Grunde schon lange ein Dorn in den Augen der Unternehmer. Die Streikbewegung entstand aus dem Kampf gegen die offene Werkstätte. Die Gewerkschaft ist zwar stark genug, durchzusetzen, daß in diesen Werkstätten nur organisierte Arbeiter aufgenommen werden. Aber die Unternehmer, die die Ware zur Konfektionierung übernehmen und sie an Heimarbeiter weitergeben, arbeiten mit Unorganisierten. Um diesen Uebelstand abzustellen, sind bei einer Firma dreihundert Damenschneider in den Streik getreten. Der Streik breitete sich aber rasch auf die großen Kleiderfabriken aus. Einigen Firmen gelang es, mit Streikbrechern den Betrieb aufrechtzuerhalten. Vor diesen Betrieben wurden nun Streikposten aufgestellt, die große Plakate trugen und die Arbeiter, die die Betriebe betreten wollten, aufklärten. Die Unternehmer dangen sich darauf Pinkertons, Betriebsdetektivs, die gegen die Streikposten mit Drahtpeitschen vorgingen, und als sich eine größere Masse ansammelte, vier Männer niederschossen.

Auch die Textilarbeiter von Passaic, die schon seit zwanzig Wochen im Streik stehen und gegen deren Demonstrationen Tränengase angewendet wurden, harren in ihrem heroischen Kampf aus. Die außerordentliche Zähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen wie auch die Grausamkeit und Brutalität, mit der die Unternehmer und die Behörden in allen Lohnkämpfen gegen Streikende auftreten, gehören zum Bild des amerikanischen Kapitalismus. In den Vereinigten Staaten kommt es fast bei allen größeren Lohnbewegungen zu ähnlichen blutigen Ausschreitungen, die von der Privatarmee der Kapitalisten herbeigeführt werden.

Der langjährige Vorsitzende des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauerverbandes, J. A. Hansen, ist dieser Tage plötzlich gestorben, nachdem er noch den Verbandstag seiner Organisation geleitet hatte und einmütig wieder zum Vorsitzenden gewählt worden war. Mit Hansen ist eine Persönlichkeit aus der Arbeiterbewegung geschieden, die weit über Dänemark hinaus eine Rolle gespielt und auf vielen Internationalen Kongressen und Tagungen führenden Anteil genommen hat. Seit April 1892 war Hansen als Vertrauensmann seines Verbandes tätig an dessen Spitze er seit 1899 ununterbrochen stand. Darüber hinaus war Hansen Vertrauensmann des Skandinavischen Kartells der Metallarbeiter, dessen Zustandekommen sein Verdienst war. Außerdem gehörte er dem Vollzugsausschuß des Internationalen Metallarbeiter-Bundes an.

An der sozialdemokratischen Bewegung Dänemarks nahm Hansen hervorragenden Anteil. 1920 wurde ihm ein Ministerposten angeboten, den er aber ablehnte, um seinem Verbande nicht untreu zu werden. Mit Hansens Tode schließt ein arbeits- und erfolgreiches Leben leider allzu früh ab. Die Arbeiterschaft nicht nur Dänemarks, sondern aller Länder, wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Jahrbuch des IGB. ist erschienen. Das soeben in deutscher, französischer und englischer Sprache erschienene Vierte Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes enthält auf etwa 686 Seiten ein Zahlen- und Adressenmaterial, dem sich in gleicher Reichhaltigkeit und Sorgfalt der Zusammenstellung kaum ein anderes Jahrbuch der modernen Arbeiterbewegung vergleichen kann.

Nach diesen neuesten Aufstellungen waren dem Internationalen Gewerkschaftsbund am 31. Dezember 1924, dem letzten Datum, bis zu dem überall abgeschlossenes Zahlenmaterial vorliegt, 13,1 Millionen organisierte Arbeiter angeschlossen, wovon u. a. 4,3 Millionen auf Großbritannien, 3,9 Millionen auf Deutschland, 828 000 auf Deutschösterreich, 576 000 auf Belgien und 553 000 auf Frankreich entfielen. In dieser Zusammenstellung fällt besonders der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe Mitgliederstand in Oesterreich auf, der geradezu vorbildlich genannt werden muß.

Aehnlich liegen die Verhältnisse hinsichtlich der der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien, wobei allerdings hinsichtlich Belgiens und Englands insofern eine Aussonderung gemacht werden muß, als die Arbeiterparteien dieser Länder auch die Gewerkschaften mit umschließen, so daß ihre Statistik kein klares Bild ergibt. So erscheint in der Statistik der sozialistischen Parteien Belgien mit 621 000 und Großbritannien mit 3 Millionen Mitgliedern. Von diesen Ländern abgesehen ergeben die Ziffern vom 31. Dezember 1924, die in vielen Ländern, wie z. B. in Deutschland, inzwischen erfreulicherweise bereits überholt sind, aber hier auf ein Datum mit allgemein vorliegenden Statistiken bezogen werden mußten, ein durchaus klares Bild. Zu diesem Zeitpunkt zählte die deutsche Sozialdemokratie 868 000, die österreichische Partei 566 000, die französische Partei 99 000, die dänische Partei 143 000 und die Sozialistische Partei der Vereinigten Staaten 15 000 Mitglieder. Auch hier zeigt sich also das gleiche Bild wie auf dem gewerkschaftlichen Gebiete, daß verhältnismäßig kleine Länder die besten und festgefügtesten Parteien aufweisen.

Auch des Mittels der graphischen Darstellung in Mehrfarbendruck hat man sich mit Erfolg bedient, um das Stärkeverhältnis gegenüber den Gewerkschaften anderer Richtungen anschaulich hervortreten zu lassen. Diese Darstellungen lassen überaus anschaulich erkennen, daß schon am 31. Dezember 1924 die Periode des zeitweiligen Rückganges wieder überwunden war und ein neuer Aufstieg einsetzte.

Das Jahrbuch, das in der Amsterdamer Parteidruckerei „Vooruitgang" hergestellt wurde, ist auch in seiner drucktechnischen Aufmachung des auf seinen Inhalt verwandten Fleißes würdig. Es sollte in keiner Gewerkschafts- oder Parteibücherei fehlen, da ein zuverlässigerer Führer durch das ganze weitausgedehnte Gebiet der modernen Arbeiterbewegung als dieses Werk gar nicht gedacht werden kann.

Wirtschaft.

Verschwendung.

Vor kurzem las man, daß das deutsche Volk in einem Jahre 4 Milliarden Reichsmark für Bier, Branntwein und Wein verausgabt hat. Erweitert man die Berechnung auf andere Genußmittel, so wurden nach vorsichtiger Schätzung im Jahre 1925 vom deutschen Verbraucher gezahlt:

2 Milliarden Reichsmark für Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

1 Milliarde Reichsmark für Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade (ohne Konfekt).

Selbst wenn einzelne dieser Genußmittel nur zum Teil als Luxus gelten, weil sie etwas Nährwert haben, so kann man an ihre Stelle noch eine Reihe anderer Genußmittel setzen, wie das eingeführte Obst, die Südfrüchte, deren Gesamtkosten im Kleinverkauf wohl den Betrag überschreiten, der von den oben genannten Ausgaben für nährwerthaltige Genußmittel abzusetzen wären (der Kleinverkaufspreis des eingeführten Obstes und der Südfrüchte läßt sich leider auch nicht annähernd schätzen).

Ob sich so hohe Ausgaben für zum Teil schädliche Genüsse bei günstiger Wirtschaftslage rechtfertigen oder auch nur entschuldigen lassen, bleibe dahingestellt. Jedenfalls war die Wirtschaftslage Deutschlands im Jahre 1925 so schlecht — und nicht etwa nur in den letzten Monaten des Jahres —, daß möglichste Einschränkung in entbehrlichen Genüssen für ein Volk mit wirtschaftlicher Einsicht einfach selbstverständlich sein mußte. Im Gegenteil aber sind die Ausgaben für den Genuß im Jahre 1925 höher gewesen als in Nachkriegsjahren mit besserer Wirtschaftslage.

Man könnte das mangelnde Verständnis für wirtschaftliche Notwendigkeiten dort vielleicht noch entschuldigen, wo es sich um im Inlande produzierte Genußmittel handelt, wenngleich an einer Ausfuhr des Ueberschusses zu verdienen gewesen wäre. Daß aber ganz unverhältnismäßig große Summen nur für den Genuß ins Ausland gingen, zeigt eine beispiellose Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohl des Volksganzen:

	Mehreinfuhr in Millionen R.-M. 1925	In Vorkriegswerten war im Jahre 1925 die Einfuhr allein: höher als 1924	pro Kopf höher	niedriger als 1913
Rohtabak	260	um 23%	33%	
Kaffee, Tee, Kakao	317	„ 90%		um 21%
Wein	57	„ 50%	„ 6%	„ 6%
Obst- u. Südfrüchte	355	„ 464%		„ 2%

Die Mehreinfuhr obiger Genußmittel werteie also im Jahre 1925 fast eine Milliarde Reichsmark. Die Einfuhr überhaupt (die Ausfuhr ist unwesentlich) war 1925 nach Vorkriegswerten unvergleichlich viel höher als 1924, trotzdem damals die allgemeine Wirtschaftslage besser war. Sie war sogar im Jahre 1925 pro Kopf und ebenfalls nach Vorkriegswerten um ein ganz Geringes größer als 1913. Man sollte es nicht für möglich halten, daß bei den schweren Kriegslasten und der im ganzen so besonders ungünstigen finanziellen Verhältnissen des Jahres 1925 ebensoviel für diese Genußmittel an das Ausland gezahlt wurde, wie in einem Jahre mit großem Wohlstande und sehr günstiger Wirtschaftslage!

Um so entmutigender ist es, daß auch die ersten vier Monate des Jahres 1926 trotz noch schlechterer Verhältnisse als im Monatsdurchschnitt 1925 nur wenig geringere Mehreinfuhr als durchschnittlich im Jahre 1925 aufweisen, zumal die unbedeutende Abnahme kaum auf Einschränkung, sondern zum Teil auf Mangel an Angebot — wegen späteren Erntetermins — zurückzuführen ist.

Durch nur teilweisen Verzicht auf die Genußmittel, auf den Luxus in anderen Dingen (Bekleidung, Auslandsreisen) und eine geringe Einschränkung in der Einfuhr von Nahrungsmitteln — nicht etwa auf die Kopfration der Kriegszeit, sondern etwa auf die von 1924 — wäre die Zahl der Arbeitslosen wie der Konkurse Ende 1925 und Anfang 1926 auch nicht entfernt so hoch gestiegen!

Die Lage des Arbeitsmarktes in Niederschlesien in der 1. Juliwoche.

In der Berichtswoche zeigte sich in der Provinz Niederschlesien ein weiteres langsames Sinken der Zahl der Arbeitsuchenden und Erwerbslosenunterstützungsempfänger. Die Arbeitsuchenden gingen von 106 302 auf 103 849 zurück, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 74 546 auf 73 507, während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen sich von 4333 auf 4712 hob. In der Stadt Breslau betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 46 496 (in der Vorwoche 46 719), der Erwerbslosenunterstützungsempfänger 26 988 (in der Vorwoche 26 687). Im Vorjahr wurden am 8. 7. 21 326 Arbeitsuchende in der Provinz Niederschlesien gezählt.

In der Landwirtschaft bestand erhöhter Bedarf an Arbeitskräften für die Ernte- und Rübenhackarbeiten. Es konnte eine Anzahl städtischer Erwerbsloser aufs Land vermittelt werden. Auch nach jüngeren weiblichen und männlichen Arbeitskräften mit Erfahrungen in der Landwirtschaft und nach Landarbeiterfamilien bestand nach wie vor ungedeckter Bedarf.

Die Forstwirtschaft war wenig aufnahmefähig.

Im niederschlesischen Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert.

In der Industrie der Steine und Erden zeigten sich einige Ziegeleien aufnahmefähig. Die Lage der Glasindustrie ist wenig günstig. Im Görlitzer Bezirk sind Entlassungen und Kürzungen der Arbeitszeit in Aussicht gestellt.

In der Metallindustrie hat sich die Lage weiterhin verschlechtert. In Breslau kamen bei einem größeren Werk der Maschinenindustrie Facharbeiter zur Entlassung. Im Sprottauer Bezirk haben Entlassungen sowie weitere Kürzungen der Arbeitszeit in den Eisen- und Hüttenwerken stattgefunden.

In der chemischen Industrie stehen Entlassungen bei einem größeren chemischen Werk im Landkreise Breslau bevor.

Im Spinnstoffgewerbe ist die Lage nach wie vor im allgemeinen ungünstig. Im Waldenburger Bezirk entließ eine Leinenweberei eine Anzahl Arbeitskräfte. Dagegen konnten einige Strumpffabriken im Strehlener Bezirk wieder zur vollen Arbeitszeit zurückkehren. In Grünberg und Görlitz konnten, wenn auch nur in geringfügigem Umfange, Arbeitskräfte vermittelt werden. Im Liegnitzer Bezirk bestand weitere Nachfrage, bei den dortigen Wirkwarenfabriken nach weiblichen Fachkräften, die jedoch örtlich gedeckt werden konnte.

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe nahm eine Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik in Brieg infolge Absatzmangels weitere Entlassungen vor.

Im Bekleidungsgewerbe hielt die Verschlechterung weiter an.

Im Baugewerbe zeigte sich geringe Belebung des Arbeitsmarktes. Der Bedarf an Malern hat in Breslau wesentlich nachgelassen.

Im Verkehrsgewerbe steht das Hochwasser der Oder noch immer dem Ingangbringen der Schiffahrt in größerem Umfange entgegen.

Für ungelernte Arbeitskräfte boten sich verschiedentlich Unterbringungsmöglichkeiten zum Kirschenpflücken, im Hirschberger Bezirk namentlich zu Aufräumungsarbeiten in den von der Hochwasserkatastrophe geschädigten Gebieten. In Liegnitz stieg die Zahl der ungelernten Arbeitskräfte infolge Beendigung der Arbeiten bei der Umgehungsbahn. Ebenso nahm die Zahl der bei den Flußregulierungsarbeiten zur Entlassung gekommenen Arbeitskräfte stark zu, da das Hochwasser z. Zt. ein Arbeiten unmöglich macht.

Die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. im ersten Halbjahr 1926.

Der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, betrug im

1. Halbjahr 1926	123 255 234,35 ℳ
1. Halbjahr 1925	90 507 152,88 ℳ
Mithin 1926 mehr	32 748 081,47 ℳ

oder 36,18 Prozent. An Erzeugnissen der eigenen Betriebe wurden umgesetzt:

1. Halbjahr 1926 für	20 265 772,98 ℳ
1. Halbjahr 1925 für	14 805 826,19 ℳ
Mithin 1926 mehr	5 459 946,79 ℳ

oder 36,88 Prozent.

Die Steinkohlenförderung Deutsch-Oberschlesiens

wies in der Woche vom 5. bis 11. Juli im arbeitstäglichen Durchschnitt nur eine leichte Steigerung auf. Sie belief sich auf 57 415 Tonnen (57 313 Tonnen). Die Gesamtproduktion stellte sich bei 6 Arbeitstagen auf 344 487 Tonnen (266 564 Tonnen). Der Eigenverbrauch der Gruben belief sich auf 14 412 Tonnen (12 336 Tonnen). Versandt wurden: Innerhalb der Provinz Oberschlesien 81 499 Tonnen (72 305 Tonnen), nach dem übrigen Deutschland 194 218 Tonnen (149 605 Tonnen) und nach dem Ausland 86 286 Tonnen (89 623 Tonnen). Die Bezüge in Reichsbahndienstkohlen betrugen innerhalb des Reviers 6011 Tonnen (4440 Tonnen) und nach dem übrigen Deutschland 28 994 Tonnen (20 084 Tonnen). Der gesamte Absatz ohne Selbstverbrauch und Deputatkohlen erhöhte sich auf 362 003 Tonnen (311 533 Tonnen). Hiervon wurden 319 493 Tonnen (271 040 Tonnen) mit der Hauptbahn und 38 245 Tonnen (38 918 Tonnen) auf dem Wasserweg befördert. Die Kohlenbestände gingen weiterhin auf 68 015 Tonnen (93 943 Tonnen) und die Koksvorräte auf 176 641 Tonnen (177 463 Tonnen) zurück. Angefordert und gestellt wurden arbeitstäglich 5 795 5 813 bezw. insgesamt 34 771 (29 266 Wagen.

Ostoberschlesische Kohle für Rußland.

Am 16. Juli traf eine Handelsdelegation aus Moskau ein, die mit Vertretern der Oberschlesischen Kohlenkonvention Verhandlungen aufnahm, die bis um 11 Uhr möchten. Anfänglich schienen die Verhandlungen ergebnislos verlaufen zu wollen. Zum Schluß einigte man sich auf die Lieferung von 500 000 Tonnen Kohle bis Ende November, zum Preise von 12½ Schilling pro Tonne. 250 000 Tonnen sollen auf dem Land-, der Rest auf dem Wasserwege über den Danziger Hafen transportiert werden. Die Delegation ist gestern wieder abgereist.

Die Einfuhr von Gefrierfleisch. Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, war für das dritte Quartal 1926 im Juni die Einfuhrbewilligung für 21 000 Tonnen zollfreies Gefrierfleisch gegeben worden. Im August soll für den Monat September die zollfreie Einfuhr von weiteren 10 000 Tonnen bewilligt werden. Ab 1. September werden dann monatlich, wie in dem bekannten Vorschlag des Reichsernährungsministeriums vorgesehen ist, 10 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei eingeführt.

Die englische Warenausfuhr wird für den Monat Juni mit rund 98 Millionen Pfund angegeben, während sich die Einfuhr auf rund 50 Millionen Pfund stellt. Im Vergleich zum Monat Juni 1925 hat sich der Import um 14 Millionen und der Export um 9 Millionen gesenkt.

Für die Frauen

Der Vater.

Eine Skizze von Henni Lehmann.

Er stand am Fuß der Steinstufen, die zum Schuleingang hinaufführten Er war schlank und groß und hatte einen seltsam eckig geformten Kopf, der aussah, als könne Härte, Trotz und Eigensinn darin wohnen. Aber in dem Gesicht war in diesem Augenblick nichts von solchen Eigenschaften zu spüren. In den großen, hellbraunen Augen war etwas seltsam Ungewisses, etwas, das wie Erwartung und Frage aussah. Der Tag war noch kühl, ein später Märztag, der wenig Frühlingswärme barg. Dem Manne schien dennoch heiß zu sein, denn er hatte den Hut abgenommen von dem dunklen, welligen, vorzeitig leicht ergrauten Haar, und er wischte sich wiederholt mit der Hand die Schweißtropfen von der Stirn. Es dauerte lange, dies Warten hier. Ob das Kind nicht bald kam? — Oder würde es vielleicht überhaupt nicht kommen?

Nun öffnete sich die Tür über der steinernen Treppe; ein Mädchen trat heraus, sie mochte etwa 14jährig sein. Sie fand anscheinend die Luft nicht warm, denn sie zog ein gestricktes Wolltuch, das sie um die Schultern gezogen hatte, enger zusammen. Sie hatte einen seltsam eckig geformten Kopf, dem man trotz der kindlichen Rundung der Züge ansah, daß Härte, Trotz und Eigensinn darin wohnen konnten. Doch im Gesicht war in diesem Augenblick nichts von solchen Eigenschaften zu spüren. Die großen, hellbraunen Augen blickten erstaunt hinunter zu dem Manne, dem fremden Manne da unten, den das Mädchen nie gesehen hatte. Ein leichter Wind spielte mit den lockeren Wellen ihrer dunklen Haare, als sie sagte:

„Sie haben mich rufen lassen. Was soll ich? Ich kenne Sie ja gar nicht."

Der Mann atmete hastig und stoßweise. Es schien, als suche er eine Antwort. Er sah das Mädchen an, und seine Züge wurden weich, der Mund zuckte.

„Ich bin dein Vater," sagte er plötzlich mit etwas heiserer Stimme.

Das Kind starrte ihn an.

„Wer — was? —", sagte sie.

„Ich bin dein Vater," sagte er nun etwas fester und sicherer.

„Nein!" sagte das Mädchen, und jetzt klang die Härte, die der Kopf ankündigte, aus ihrer Stimme. „Nein", sagte sie, „das ist gelogen. Mein Vater ist tot; lange tot. Er ist gestorben, ehe ich geboren bin, und jetzt habe ich einen neuen Vater."

Immer noch stand das Mädchen auf der höchsten Stufe der Treppe und sah hinunter auf den Mann. Der hatte vorher eine kurze Bewegung gemacht, als wolle er die Stufen hinaufsteigen zu ihr. Als er ihre Worte hörte, hielt er wieder inne.

„Ich bin doch dein Vater," sagte er. „Das ist so: Höre zu, du bist schon alt genug, um das zu verstehen.

Ich bin mit deiner Mutter gegangen in der kleinen Stadt, in der wir beide zu Hause sind Wir sind damals noch sehr jung gewesen, beide, und ans Heiraten konnten wir nicht denken. Und da kam es so, daß Maria —, daß deine Mutter, meine ich — ein Kind von mir bekommen sollte. Und als es fast so weit war, es hat aber noch niemand recht was davon gewußt, ja, da habe ich es plötzlich mit der Angst bekommen, was daraus werden würde, und ich habe Angst gehabt vor meinen und vor Marias Eltern, und ich konnte gerade anderwärts eine gute Stelle haben. Da bin ich plötzlich heimlich fort und ich habe niemand gesagt wohin und habe auch nicht geschrieben. Viel später bin ich wieder zu meinen Eltern auf Besuch gekommen, da war ich aber schon verheiratet da draußen, und Maria und ihr Vater waren nicht mehr in der Stadt. Wären sie noch dagewesen, dann wäre ich wohl auch nicht gekommen."

„Was wollen Sie denn jetzt von mir?" fragte das Kind, und ihre Stimme war noch härter und spröder als zuvor. Sie hob den eckigen Kopf und preßte die Lippen aufeinander.

Der Mann fuhr wieder mit der Hand über die Stirn.

„Ja," sagte er, „ja — —", er sah das Kind unsicher an. „Ja," weißt du, Lieselotte, — du heißt doch Lieselotte? — ich dachte eigentlich so, du könntest jetzt zu mir kommen und bei uns bleiben Meine Frau möchte das auch gern. Sie ist krank und kann keine Kinder mehr kriegen, und eines, das wir hatten, ist gestorben."

„Ich kenne Sie ja gar nicht und Ihre Frau auch nicht," sagte das Mädchen.

Vielleicht hatte er das nicht recht gehört. Er sprach weiter:

„Du hättest es gut bei uns. Mir geht es gut. Du brauchtest jetzt nicht von der Schule kommen, um etwas zu verdienen. Du könntest weiter lernen und was Besseres werden."

Das Mädchen schwieg.

„Du hast es nicht gut zu Haus, Lieselotte, sagen sie. Der Vater ist doch nicht dein rechter Vater, und er wäre anders zu dir als zu den anderen Kindern, die von ihm sind, so sagen die Leute. Bei uns wärst du das einzige Kind."

„Ich habe aber die andern Kinder lieb, besonders das Kleine," sagte Lieselotte, und jetzt klang ihre Stimme nicht mehr hart und spröde, sondern weich und hell.

Drinnen war der Unterricht beendet. Die Tür hinter Lieselotte öffnete sich und lustig drängte Schar nach Schar heraus, kleinere und größere. Lieselotte wandte sich langsam, um hineinzugehen und ihre Sachen zu holen. Sie kam zurück mit mehreren Klassengenossinnen. Der Mann, der unten am Fuße der Treppe gestanden hatte, war verschwunden. Da atmete sie erleichtert auf und ging heim.

Sie sah die Mutter etwas scheu von der Seite an an diesem Tage, denn sie wußte nun etwas von ihr, das sie zuvor nicht gewußt hatte, und die Mutter wurde dadurch eine andere für sie, und vielleicht würde sie nie wieder dieselbe werden, die sie gewesen war, dachte Lieselotte.

Aber es schien ihr, als sei die Mutter auch sonst verändert heute. Es schien ihr, als habe sie geweint. Vielleicht hatte der Vater, der neue Vater, der nicht richtig ihr Vater war, gezankt. Das tat er manchmal, wenn er übler Laune war, oder wenn er ein Glas über den Durst getrunken hatte, denn auch das tat er manchmal. Doch allzu oft kam es nicht vor, und im ganzen war er doch ein guter Mann, dachte Lieselotte.

Ja, das mußte es sein, der Vater hatte gezankt, und darum hatte die Mutter geweint, — doch Lieselotte irrte sich. Diesmal war es etwas anderes gewesen. Am Nachmittag war Lieselotte mit der Mutter allein. Der Mann war wieder zur Arbeit gegangen, die Geschwister spielten unten im Hofe mit anderen Kindern. Das Kleinste schlief im Kämmerchen neben der Küche, in der Lieselotte der Mutter geholfen hatte, das Geschirr zu säubern und alles in Ordnung zu bringen. Die Mutter stellte noch den großen eisernen Topf in den alten Küchenschrank, dann setzte sie sich auf die schmale Ofenbank, ließ die Arme müde hängen und den Kopf sinken. Die Frau mußte einmal schön gewesen sein, doch sie sah müde und verarbeitet aus.

„Komm her, Lieselotte," sagte sie, „ich muß dir etwas sagen. —" Sie zögerte. Da sah das Mädchen am Gesicht der Mutter, daß es etwas schweres war, das sie zu sagen hatte, und plötzlich stand als Wahrheit vor ihr, was sie gehört hatte. Das war wie großes Erschrecken.

„Ich weiß schon," stieß sie hervor," er ist ja dagewesen und hat es mir gesagt, bei der Schule war er und hat gesagt, er ist mein Vater und er ist gar nicht tot, und was ihr gesagt habt, war gar nicht wahr, und ich bin gar kein richtiges Kind wie die anderen Kinder," sie begann fassungslos zu schluchzen.

Die Frau war kreideweiß geworden.

„Lieselotte," sagte sie, „Lieselotte, — ja, du mußt es doch einmal wissen und vielleicht hätte ich es dir früher sagen sollen, aber ich hab' gedacht, es wäre besser so. Ich dachte auch nicht, daß er nochmal wieder kommt, denn ich habe nie mehr von ihm gehört seit damals, — seit er fortging. Aber vielleicht war er nicht so schlecht wie ich gedacht hab'. Er hat es wohl nicht recht verstanden, wie schlimm es für mich war, daß ich alles so allein durchhalten mußte, und wie schlimm es für dich war, und noch schlimmer geworden wäre, wenn ich nicht geheiratet hätte. Ich hab geheiratet, damit du ein richtiges Zuhause hättest, Lieselotte, und das hast du auch gehabt, nur daß wir es immer so schwer hatten durchzukommen, und manchmal denkt vielleicht Vater doch daran, daß du nicht sein richtiges Kind bist — aber nur manchmal, Lieselotte."

Das Mädchen weinte noch immer.

„Er ist heut hier gewesen und hat gesagt, du solltest zu ihm kommen", sprach die Mutter weiter, „und du sollst es gut haben bei ihm, und es tut ihm leid, daß er damals fortgegangen ist, und er ist so allein und hat ein trauriges Leben, denn seine Frau ist immer krank. Wenn du mit ihm gehen willst Lieselotte, wenn du meinst, daß du es da besser hast und das hast du wohl, dann will ich dir nichts in den Weg legen. Er ist am Ende dein Vater."

Ein Kind liegt in der Wiege.

Ein Kind liegt in der Wiege,
Uns beiden zugesellt,
Viel Wunden und viel Siege
Erstehen neu der Welt.

Die Augen mit den feuchten
Blauperlen süß und klar,
Sie müssen nun schon leuchten
Im Licht, das unser war.

Die Händchen mit den vielen
Rundgrübchen noch darin,
Sie werden einst mit Schwielen
Verstehn des Lebens Sinn.

Die Wunden und die Siege
Sind wert nicht einen Schlag —
Ein Kind liegt in der Wiege
Und lächelt in den Tag.

Alfons Petzold.

Da schnellte das Mädchen hoch. Es weinte nicht mehr.

„Nein", schrie sie, „nein! So einer ist nicht mein Vater!" Sie lief aus der Tür in das Kämmerlein, in dem das kleine Kind schlief. Dort stand auch ihr eigenes Bett. Sie warf sich darauf nieder und verbarg ihr Gesicht in den Kissen. Die Mutter blieb hilflos auf der Bank sitzen und sah die Tür an, die das Mädchen hinter sich geschlossen hatte. So saß sie eine Zeitlang, dann ging sie wieder an ihre Arbeit, denn viel Zeit zu rasten hatte sie nicht, und später, als das Kleine wach wurde, kam auch Lieselotte wieder heraus. Sie besorgte das Kind wie immer und wartete es. Sie streichelte oft seine kleine weiche Hand und legte sie an ihre Backe. Ueber den Vater sprachen Mutter und Tochter nicht mehr.

„Sie soll es machen, wie sie will", sagte die Frau abends zu ihrem Manne. „Ich red' ihr nicht zu und nicht ab. Vielleicht ist es ein Glück für sie, vielleicht nicht, das kann man vorher nicht wissen."

Der Mann nickte der Frau zu. „Meinetwegen kann sie gern bleiben."

„Lieselotte sieht gerade so aus wie er", sagte die Frau noch. Als Lieselotte am nächsten Morgen zur Schule ging, stand der Mann schon wartend vor den Steinstufen. Lieselotte sah ihn wohl, aber sie wandte sich kurz vor den Stufen und wartete auf eine Klassengenossin; mit ihr zusammen ging sie den Weg bis zur Treppe. „Lieselotte!" rief der Mann sie an. „Lieselotte!" — — „Der Mann ruft dich", sagte das andere Mädchen. „Ist es nicht derselbe, mit dem du gestern gesprochen hast?" — — „Ich kenne ihn nicht", sagte Lieselotte hart und laut. „Ich habe nichts mit ihm zu schaffen. Komm!"

Sie schritt die Stufen hinauf, öffnete die Tür und schlug sie hart hinter sich zu. Der Mann fühlte, daß seine Tochter damit die Lebenstür zwischen sich und ihr zugeschlagen hatte.

Zögernden Schrittes ging er davon; die hohe Gestalt schien plötzlich gebeugt und er sprach vor sich hin: „Man kann nicht wieder gut machen."

Formale Gleichberechtigung oder Schutz für die arbeitende Frau?

Eine Entscheidung der bürgerlichen Frauenbewegung.

Von Dr. Hilde Grünbaum-Sachs (Berlin)

In der bürgerlichen internationalen Frauenbewegung tritt jetzt eine merkwürdige Tendenz hervor, die wir eigentlich schon überwunden glaubten. Schon Jahre vor dem Kriege wurde auf ihren internationalen Kongressen die Frage erörtert, ob es richtig sei, einen besonderen Schutz für die weiblichen Arbeitskräfte vom Staat zu fordern oder ob man nicht besser täte, volle Freiheit zu erstreben. Namentlich die belgische bürgerliche Frauenbewegung setzte sich dafür ein, daß es den Frauen frei stehen müsse, unter denselben Bedingungen zu arbeiten wie die Männer und sie alle Arbeiten verrichten dürfen, die den Männern offen standen. Sie sollten gemeinsam mit den Männern um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, aber sie sollten nicht auf Grund ihres Geschlechtes besonderen Bestimmungen unterliegen, z. B. hinsichtlich der Arbeitszeit, Schonzeit vor und nach der Niederkunft, und namentlich sollte auf alle Verbote verzichtet werden, die Frauen von bestimmten Betätigungen — Nachtarbeit, Unter-Tage-Arbeit, Arbeit in Bleiweißfabriken usw. — durch gesetzlichen Zwang zurückzuhalten. Demgegenüber ist von den deutschen Delegationen immer geschlossen der Standpunkt vertreten worden, daß dies zu einer noch größeren Ausbeutung führen müsse, daß Leben und Gesundheit durch die Frauenerwerbsarbeit noch gefährdeter wäre, als es schon unter der Herrschaft besonderer Arbeiterinnenschutzgesetze sei, und daß diese Schutzbestimmungen ja nicht verhinderten, daß außerdem Männer und Frauen gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpften. Es schien uns Deutschen immer, als hätten die anderen gar nichts aus der Geschichte gelernt. Herrschte nicht vor 100 Jahren die von Lassalle später verspottete „Nachtwächterrolle des Staates"? Hat man nicht seitdem in allen Industrieländern die Erfahrung gemacht, daß der Staat sich sehr energisch für die wirtschaftlich Schwachen — das ist die Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern, — einsetzen müsse, weil die Ausbeutung sonst keine Grenzen hat? Und ist es nicht ein Fortschritt gewesen, daß man im Laufe des [illegible] hunderts überall zunächst die des staatlichen Schutzes am meisten bedürftigen Gruppen, die Kinder, Jugendlichen und Frauen durch Sonderbestimmungen vor den größten Schädigungen durch Erwerbsarbeit zu bewahren gesucht hat?

So wirkt es erstaunlich, zu sehen, was sich jetzt auf dem Internationalen Stimmrechtskongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Paris zeigte, nämlich daß heute beide Richtungen sich ungefähr die Wage halten. Ja, es scheint, als habe sich bei dieser bedeutenden Zusammenkunft von etwa 500 Frauen aus 43 Ländern der Erde eher noch eine Ueberlegenheit des uneingeschränkten Freiheitsgedankens herausgestellt. Die deutsche Delegation hat mit Feuereifer auf Grund ihrer praktischen Lebenskenntnis und sozialen Erfahrung Beibehaltung und Ausbau des Frauenschutzes gefordert und die Annahme einer Minderheitserklärung durchgesetzt, die besonders eine ihr unannehmbare Resolution betreffend den Schwangerenschutz zum Inhalt hat. Alles, was vom Standpunkt der Schutzanhänger zu sagen ist, ist hier so kurz und klar zusammengefaßt, daß es wohl lohnt, diese Erklärung im Wortlaut wiederzugeben:

„Die unterzeichneten Delegationen fühlen sich vor ihrem sozialen Gewissen verpflichtet, ihr Bedauern über die Annahme der Resolution auszusprechen, die sich gegen das Arbeitsverbot für schwangere Frauen richtet.

Wer eine konkrete Anschauung von industrieller Frauenarbeit hat, weiß, daß die Gefahren für die schwangere Frau zum großen Teil in technischen Bedingungen, d. h. in der Konstruktion von Maschinen, und in der Art der von ihnen zu leistenden Arbeit liegt.

Er weiß ferner, daß in der bestehenden Wirtschaftsordnung keine Aussicht besteht, daß die Industrie freiwillig für die schwangeren Frauen derartige Arbeitsbedingungen schafft, die „es ihnen ermöglichen, ihre Kinder unter den günstigsten Voraussetzungen zur Welt zu bringen".

Die in der Resolution verlangte Abschaffung des Schwangerenschutzes würde nur zur Folge haben, daß die Frauen unter den gleichen schädlichen Bedingungen wie bisher ihre Arbeit bis zur Entbindung leisten, und daß die ihnen auf Grund des Arbeitsverbotes gewährte Unterstützung durch die Sozialversicherung wegfallen würde.

Wenn man — wie es die Resolution tut — von dem Grundsatz ausgeht, daß die Natur der Arbeit das Maß des Schutzes bestimmen soll, so beweisen die in reichem Maße vorhandenen wissenschaftlichen Feststellungen, daß tatsächlich die Natur der maschinellen Arbeit die verhängnisvollsten Schädigungen für Mutter und Kind nach sich zieht. Da nur der obligatorische staatliche Schutz die Frauen vor diesen Schädigungen bewahren kann, müßten die Frauen aller Länder sich mit Nachdruck für den Ausbau des Schutzes der arbeitenden Mutter und ihres Kindes einsetzen.

Die unterzeichneten Delegationen bedauern die angenommene Entschließung auch deshalb, weil sie geeignet ist, dem Weltbund für Frauenstimmrecht das Vertrauen der dem Arbeiterschutz unterstellten Frauen, die einmütig für seine Erweiterung kämpfen, zu entziehen —"

Wir können nur hoffen, daß sich diese Auffassung allmählich auch in den anderen Nationalverbänden durchsetzen wird, bevor sich die Frauen ins eigene Fleisch schneiden, zum Schaden der Mütter, der Kinder und der Gesamtheit.

* * *

Nachwort: Tendenzen wie die geschilderten zur Erreichung einer rein formell inhaltlich völlig bedeutungslosen Rechtsgleichheit erklären sich dadurch, daß ihren Vertreterinnen das Leben der schaffenden Frau völlig fremd ist. Es ergibt sich für die berufstätigen Frauen, insbesondere für die Arbeiterinnen, die Schlußfolgerung, daß die Vertretung ihrer Rechte nicht in den Händen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen liegen darf, sondern Sozialistinnen anvertraut werden muß, die von den Interessen der Proletarierinnen ausgehen. Red.

Gehirnanhang und Schwangerschaft.

Wir verstehen landläufig unter Drüsen aus Zellen bestehende Organe, in denen Stoffe (Sekrete) gebildet werden, die durch einen besonderen Ausführungsgang abgeleitet werden und die wir auffangen und untersuchen können. Zu ihnen gehören die Speicheldrüsen, die Magendrüsen, die Leber, die die Galle absondert u. a. m. Das sind die Drüsen mit äußerer Sekretion.

Nun kennen wir aber auch Drüsen, in denen zwar gleichfalls Stoffe gebildet werden, die aber nicht nach außen abgeführt, sondern die ohne Ausführungsgang direkt in die Blutbahn abgegeben werden. Derartige Organe nennen wir Drüsen mit innerer Sekretion, und ihre Absonderungsprodukte heißen „Hormone". Die innersekretorischen Drüsen stehen durch ihre Produkte auf dem Wege über die Blutbahn in Wechselwirkung; z. B. fördern die Hormone der einen den Stoffwechsel, die der anderen hemmen ihn, usw. Zu diesen Drüsen rechnen wir die Schilddrüse, die Nebenniere, die Zirbeldrüse, die Keimdrüsen — die aber auch gleichzeitig äußere Sekretion (Samentierchen bzw. Eierchen) hervorbringen — und u. a. auch den Gehirnanhang, die Hypophyse, deren Erforschung erst seit zirka 15 Jahren im Gange ist. Diese kleine Drüse sitzt im Schädelinnern, an der Unterseite des Gehirns und ist vor allen Drüsen mit innerer Sekretion dadurch ausgezeichnet, daß sie ihre Produkte nicht nur in die Blutbahn, sondern wahrscheinlich auch direkt in die Lymphbahn des Gehirns abgibt, dieses direkt beeinflussend, ganz besonders denjenigen Gehirnteil, von dem man annimmt, daß von ihm aus Stoffwechsel, Eingeweide und Geschlechtsorgane reguliert werden. Die Hypophyse besteht aus drei Läppchen, dem Vorder- und Hinterlappen, zwischen die sich noch ein dünner Zwischenlappen schiebt. Schneidet man bei jungen Tieren die Vorderlappen oder die ganze Hypophyse heraus, so bleibt das Längenwachstum und die geistige Entwickelung stehen, das Milchgebiß wird erst viel später ausgewechselt, das kindliche Fettpolster und die kindliche Behaarungsform bleibt übermäßig lang erhalten. Auch das Geschlechtsorgan bleibt in der Entwickelung zurück und behält seine kindliche (infantile) Form. Die Samenbildung fällt ganz oder fast völlig aus; die weiblichen Tiere bringen kaum Eizellen hervor, der ganze Geschlechtsapparat bleibt auf kindlicher Stufe zurück. Schwangere Hündinnen erleiden fast stets kurz nach der Herausnahme des Gehirnanhanges Fehlgeburten; nach der Operation werden sie nicht mehr schwanger. — Die Herausnahme des Hinterlappens und der daran haftenden Zwischensubstanz bietet im Tierexperiment keine greifbaren Erscheinungen. — Dagegen wird aus dem Hinterlappen der Hypophyse ein höchst wirksamer Extrakt gewonnen — das Pituitrin das in der Medizin eine außerordentlich bedeutende Rolle spielt. Es wirkt erregend auf die Darm- und Blasenmuskulatur, steigert den Blutdruck; vor allen Dingen aber reizt es die Gebärmuttermuskulatur zu Zusammenziehungen. Pituitrin ist das allerwirksamste Wehenmittel während der Geburtsarbeit, das wir kennen. Wenn wir eine abnorm lange, schmerzhafte Geburt beschleunigen wollen, dann leistet das Pituitrin unschätzbare Dienste.

Amerikanische Hauswirtschaft.

Eine amerikanische Statistik hat 2 Millionen Familien in den größeren Städten Amerikas über Einzelheiten ihrer Wirtschaftsführung befragt. Ein erheblicher Teil der Familien waren Arbeiterfamilien. Es ergab sich, daß auf hundert Familien 70 elektrische Plätteisen, 69 Telefone, 61 Automobile, 59 Gasheizungsanlagen, 47 Staubsauger und 28 mit Elektrizität betriebene Waschmaschinen kamen. Glückliche Hausfrauen!